

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 34 vom 22. August 1980

14. Jahrgang

1 DM

100 000 im Kampf Gierek-Regime muß nachgeben

## Generalstreik in Nordpolen

GDANSK. — Die seit Wochen andauernde Serie kleinerer Streiks in Polen hat sich in der vergangenen Woche zum Generalstreik im nordpolnischen Industriegebiet an der Gdansk-Bucht ausgeweitet, zur mächtigsten Kampffraktion der polnischen Arbeiterklasse seit den Streiks von 1970.

Unmittelbarer Anlaß für die Welle von Arbeitsniederlegungen in Polen war die von der Regierung verfügte Verdoppelung der Fleischpreise. Heute muß ein Industriearbeiter für ein Kilogramm Schweinefleisch drei Prozent seines Monatslohnes von umgerechnet 318 Mark aufwenden. Vor dem Hintergrund einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen, die sich unter anderem in Versorgungsmängeln und einer galoppierenden Inflation äußert, brachte die Fleischvertierung das Faß zum Überlaufen. Die polnischen Arbeiter reagierten mit Kampfmaßnahmen, die allerdings örtlich und zeitlich begrenzt blieben.

Das Bild änderte sich jedoch schlagartig, als in der vergangenen Woche die 18 000 Arbeiter der Gdansk-Lenin-Werft in den Streik traten. Nicht nur wirtschaftliche Forderungen wie Lohnerhöhungen waren der direkte Anlaß für diesen Ausstand. Die Arbeiter wollten damit auch die Wiedereinstellung mehrerer Streikführer von 1970 erzwingen, die von den Werft-

bossen bei Beginn der jetzigen Streikwelle „vorsorglich“ auf die Straße gesetzt worden waren. Eine Vorsorge, die ihnen nichts genutzt hat! Am Wochenende hatten sich die anderen großen Werften in der Gdansk-Bucht, Fabriken, Hafen- und Verkehrsbetriebe dem Kampf angeschlossen — binnen weniger Tage war der Generalstreik in diesem wichtigen Industriegebiet hergestellt.

Die Arbeiter führten ihren Kampf mit größter Entschlossenheit und einem bemerkenswerten Grad an Organisiertheit. Schon am Wochenende hatte sich in Gdansk ein zentrales Streikkomitee aus Vertretern aller vom Kampf erfaßten Betriebe gebildet. Die revisionistischen Bosse sahen sich unter der Wucht des Streiks gezwungen, mit diesem Komitee in Verhandlungen zu treten und eine Reihe von Forderungen der Arbeiter zu erfüllen: Lohnerhöhungen um 1 500 Zloty (ungefähr 240 Mark), Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter, keine Maßregelung für die Streikenden, Errichtung eines Denkmals für die bei den Kämpfen von

1970 Gefallenen.

Doch auch diese Zugeständnisse konnten die Arbeiter nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen. Gestützt auf ihre Einheit und die Kraft ihres Streikkampfes stellten sie neue Forderungen, die zum großen Teil einen politischen Charakter haben: Streikrecht, Rede- und Pressefreiheit, Bildung freier Gewerkschaften, 40-Stunden-Woche, bessere Versorgung, gleitende Lohnerhöhungen entsprechend den Inflationsraten. Mit diesen Forderungen stellen die kämpfenden Arbeiter die Diktatur der neuen bürgerlichen Klasse in Polen in Frage, ihr Streik erschüttert die Fundamente des Gierek-Regimes.

Die Arbeiter in allen Ländern blicken in diesen Tagen auf ihre polnischen Klassenbrüder, die wieder einmal — wie schon 1970 und 1976 — in der vordersten Linie des internationalen Kampfes gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus stehen.

## Biedenkopf nennt Hitlers Weltkrieg „Freiheitskampf“

DÜSSELDORF. — „Freiheit statt Sozialismus“ — unter dieser Parole ziehen Strauß und seine Gefolgschaft in den Bundestagswahlkampf. Welche Freiheit sie meinen, das weiß man seit letzter Woche besser. Es ist die „Freiheit“, um derentwillen die deutschen Faschisten und ihre Hintermänner den zweiten Weltkrieg entfesselt haben.

Diese Klarheit über den Freiheitsbegriff der Strauß-Partei verdanken wir einem der engsten Vertrauten des Kandidaten, dem westfälischen CDU-Chef Biedenkopf. Um die Mitglieder seiner Partei für den Wahlkampf einzustimmen, tönte Biedenkopf: „Heute geht es wieder um die Freiheit: Um den Frieden in Freiheit, um die Verteidigung der Freiheit, auch gegen die, die kapitulieren wollen, denen der Wille und die Kraft fehlen, die Freiheit, für die unsere Väter gefallen sind, für unsere Kinder zu erhalten.“

Und solche Töne sind nicht einmal neu. Als im Verlauf der

Filbinger-Affäre der CDU-Mann Norbert Blum sagte, die deutschen Soldaten im zweiten Weltkrieg wären für den Nationalsozialismus und einen unmenschlichen Machtanspruch gestorben, mußte er sich vor seiner Partei öffentlich entschuldigen. Auch damals war es Biedenkopf, der in diesen Äußerungen eine „Beleidigung der tapferen deutschen Soldaten sah.“ Und jetzt hat er noch einmal unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß Hitlers Wehrmacht für die gleiche „Freiheit“ gemordet hat, die uns heute die Strauß-Partei beschreiben möchte.

Öffentliches Rekrutengelöbnis in Remscheid

## Vorbeugehaft für Kriegsgegner

REMSCHIED/WUPPERTAL. — Mit Haussuchungen, Vorbeugehaft und massivem Einsatz von Polizei und Militär versuchten die Behörden am Freitag (15. August) jeden Protest gegen ein provokatives öffentliches Rekrutengelöbnis in Remscheid schon im Keim zu ersticken.

Das öffentliche Gelöbnis von 110 in Wuppertal stationierten Rekruten fand am Freitagabend im Sportstadion in Remscheid-Lennep statt. Eine Demonstration vor dem Stadioneingang, die Antimilitaristen angemeldet hatten, wurde vom Polizeichef verboten. Lediglich eine Demonstration in der Wuppertaler Innenstadt wurde genehmigt. Gleichzeitig versuchte man, jedoch mit brutalen Methoden, die Kriegsgegner einzuschüchtern.

Bereits am Freitagmorgen wurden in Wuppertal Haussuchungen in „verdächtigen Wohnungen“ vorgenommen. Dabei wurden 10 Personen kurzerhand „vorsorglich“ inhaftiert.

Gegen die angekündigten Demonstrationen ließ man am Freitagabend ein massives Aufgebot an Bürgerkriegstruppen antreten, bestehend aus über 1 000 Polizisten, Einheiten des Bundesgrenzschutzes, über 100 Feldjägern, die mit Maschinenpistolen ausgerüstet waren, sowie aus Rudeln von Agenten des MAD und Verfassungsschutzes.

Trotzdem kam es am Freitagabend in Remscheid zu Demonstrationen gegen die militaristische Provokation. Zynischerweise wurden die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kriegsgegner mit dem Hinweis auf die sogenannten Bremer Krawalle begründet. Es ist je-

doch erwiesen, daß die Ausschreitungen in Bremen durch Provokateure der Geheimdienste initiiert worden sind.

Dem Versuch des Bonner Staates, die Antikriegsbewe-

gung gewaltsam zu unterdrücken, gilt es am Antikriegstag machtvoll entgegenzutreten! Nieder mit den Kriegsvorbereitungen des Bonner Militarismus!



Trotz massivem Einsatz von Polizei, Bundesgrenzschutz und Feldjägern der Bundeswehr demonstrierten die Kriegsgegner in Remscheid gegen das Rekrutengelöbnis.



## Krabbenfischer im Streik

Die 130 Kutter der Krabbenfischer an der schleswig-holsteinischen Westküste laufen seit dem 7. August nicht mehr zum Fang aus. Sie kämpfen damit gegen die Ruinierung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Durch die Preistreiberie der Ölmultis und die von den Großhändlern diktierten niedrigen Aufkaufpreise für Krabben sind sie inzwischen nicht mehr in der Lage, die Fangkosten zu decken. Das Foto zeigt eine Protestkundgebung der Krabbenfischer vom 12. August in Büsum.

Geheimpläne enthüllt

## Carter plant neuen Überfall auf den Iran

WASHINGTON. — Der amerikanische Publizist Jack Anderson hat am Wochenende Geheimpläne enthüllt, nach denen die amerikanische Supermacht einen neuen Überfall auf den Iran vorbereitet. Der „Tag X“ ist laut Anderson auf den Oktober festgelegt.

Er habe Kenntnis von einem „Streng geheimen Plan zur Invasion Irans mit starken militärischen Einheiten“ erklärte Anderson am Samstag. Die Durchführung dieses Plans soll sich auf die Truppen und das Gerät stützen, die in den letzten Wochen im Bereich des persischen Golfs stationiert wurden. Es habe auch schon als „Ausbildungsübungen“ getarnte Manöver zur Vorbereitung der Invasion gegeben. Anderson, der im Verlauf dieser Woche Einzelheiten über den Invasionsplan veröffentlichen will, erklärte, der Präsident hätte den „Tag X“, also den Beginn des Überfalls, auf einen Tag im Oktober festgesetzt.

Inzwischen hat das Weiße Haus erwartungsgemäß die Exi-

stenz des Invasionsplans abgestritten. Aber auch vor dem letzten, in der iranischen Wüste gescheiterten Kommandounternehmen war lautstark demontiert worden, daß die USA militärische Aktionen gegen den Iran planten.

Unterdessen meldete die Teheraner Nachrichtenagentur PARS die Aufdeckung einer neuen Verschwörergruppe im Norden des Landes. Einer ihrer Köpfe sei ein Oberstleutnant gewesen, der in den USA und in Israel eine Kommandoausbildung absolviert hätte. Ziel der Gruppe sei es gewesen, die Lebensgewohnheiten von Führern des iranischen Staates auszuspähen, um deren Liquidierung vorzubereiten.

## Diese Woche

### Lambsdorff in China

Die Zusammenarbeit Bonnns mit den Pekinger Führern wird immer enger. Jetzt wurde über die Errichtung gemeinsamer Betriebe verhandelt. S. 2.

### Polizisten als CDU-Ordner

Für ihre Wahlveranstaltung setzt die CDU ein Ordnerheer ein, das sich aus Angehörigen der Polizei und des Grenzschutzes zusammensetzt. S. 3.

### 6 000 — und kein Ende?

Die RGO nimmt den Kampf gegen die Entlassungswelle bei Ford auf. S. 4.

### Gewerkschaftstag der IG Chemie

Mit den Anträgen an den Gewerkschaftstag und den verbandsternen Kämpfen innerhalb der IG Chemie setzen sich die Artikel auf S. 5 auseinander.

### Mordfall Schmücker

Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in die Ermordung des Anarchisten Schmücker. S. 7.

### Revolution in Mittelamerika

In mehreren Ländern Mittelamerikas haben sich machtvoll revolutionäre Kämpfe gegen den US-Imperialismus und die einheimischen Unterdrücker entwickelt. S. 10.

## Kommentar

Die polnischen Arbeiter sorgen einmal mehr für Schlagzeilen. Zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren setzen sie sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zur Wehr — deutlicher als je zuvor werden politische Forderungen erhoben. Sie wollen nicht die Lasten einer Krise tragen, die eine typische kapitalistische Wirtschaftskrise ist.

Die Vorgeschichte: In den Reihen der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat die Gruppe um Giersek, Babiuch und Rakowski, diese Gruppe „erfahrener“ Wirtschaftsmanager im Streit gegen die Gruppe um Jaroszewicz den Sieg davon getragen.

Giersek und seine Leute, die die Betriebsführer der großen Betriebe vertreten, haben nach ihrem Sieg sehr schnell und konsequent ihre Linie der „maximalen Dezentralisierung“ eingeschlagen. Fast 30 000 kleine und mittlere Betriebe des Handwerks und der Industrie wurden aus der Planung genommen und sollen nur noch nach den Gesetzen des Marktes arbeiten. Die Versorgung, insbesondere jene mit Fleisch, wurde nahezu vollkommen von den staatlichen auf die privaten Läden verlagert und dadurch wesentlich verteuert.

## Gomulkas Schatten

Sieben der 17 Millionen polnischen Werktätigen arbeiteten zu Jahresanfang in privaten Betrieben, eine weitere Million ist durch die Dezentralisierung in die polnische Marktwirtschaft eingegliedert worden. Und auch die anderen neun Millionen arbeiten nach den Wirtschaftsreformen von 1970 und 1976, vor allem aber nach den Beschlüssen zu Beginn des Jahres, unter Bedingungen kapitalistischer Akkordarbeit.

Die Offensive der polnischen Privateigentümer und Wirtschaftsführer gegen die Werktätigen umfaßt eine stete Teuerungspolitik und die rasche Rationalisierung der Produktion, sowie die Verknappung der Waren durch ständig wachsenden Exportanteil. Acht Milliarden Mark soll der polnische Export dieses Jahr betragen — genauso viel wie die Zinsen und Tilgungsraten der 20 Milliarden US-Dollar die Polen den Ländern der EG und den USA schuldet. Das ist ein Drittel aller Schulden der RGW-Länder.

Unter dem Druck der in- und ausländischen kapitalistischen Kräfte leidet die polnische Wirtschaft immer offener an den Übeln des Kapitalismus.

Aber die Streiks, die jetzt alle Bereiche erfaßt haben, sorgen nicht nur für Schlagzeilen, sondern auch für hektische Aktivität. Geheimtagungen des Politbüros der PVAP, ausführliche Treffen Gierseks mit Breschnew, Besuch bei Schmidt mit neuen westdeutschen und amerikanischen Milliardenkrediten.

Gomulkas Schatten, der vor zehn Jahren dem Widerstand der Arbeiter geopfert wurde, hängt über Giersek. Aber die Zeiten haben sich geändert. Es ist nicht mehr 1968, als die CSSR-Invasion in Absprache mit den USA vollzogen wurde. Polen ist heute nicht nur das schwächste Kettenglied des neuen Moskauer Imperiums, sondern Giersek ist auch der Mann, auf den der Westen gesetzt hat.



Streikende polnische Arbeiter der Lenin-Werft.

Wer das nicht glaubt, möge sich neben den erwähnten Tatsachen über den Kurs Gierseks nur einmal die westliche Presse anschauen: könnte man sich in einem anderen Fall eine ähnlich zurückhaltende, sozusagen fast neutrale Berichterstattung vorstellen?

Der Kampf der polnischen Arbeiter setzt ein Fanal, zeigt den wachsenden Widerstand gegen den neuen Kapitalismus. In dieser Situation schafft das Tauziehen der beiden imperialistischen Supermächte und ihrer Blöcke neue Spannungen und neue Gefahren für Mitteleuropa.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

## Massenentlassungen bei Ford /Köln

# Schmutziges Komplott gegen die Ford-Arbeiter

## IGM-Führung spielt mit gezinkten Karten

FRANKFURT/KÖLN. — Als vor zwei Wochen in Köln die Bombe platzte und von den Ford-Bossen die Entlassung von 6 000 Arbeitern angekündigt wurde, gaben sich die Bonzen in der IGM-Führung und die Betriebsratsspitze bei Ford überrascht. Als hätten sie nichts geahnt und nichts gewußt. Inzwischen wird es immer klarer, daß sie mit falschen Karten spielen!

Der brutale Angriff der Ford-Bosse auf die Arbeitsplätze in Köln kam nicht aus heiterem Himmel. Spätestens seit dem Beginn der Massenentlassungen bei Opel in Rüsselsheim war jedem, der auch nur einen geringen Einblick in die Lage der Automobilindustrie hat, klar, daß es nur noch eine Frage von Wochen oder Monaten sein konnte, bis es auch bei Ford in Köln zum großen Knall kommen würde. Erst recht die IGM-Führer, die in den Aufsichtsratsgremien „mitbestimmen“ und über exklusive Einsichten in die wirtschaftlichen Vorgänge verfügen, waren sich darüber klar.

Aber was haben sie nach der offiziellen Ankündigung der Massenentlassungen unternommen, um den Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze zu organisieren? Nichts, absolut gar nichts! Keine Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung in Köln, keine Informationen für die Ford-Belegschaft, keinen Aufruf zum Widerstand, keine Warnung vor den Abfindungsverträgen — nichts. Stattdessen erklärte die Vertrauenskörperlleitung der IGM in den Kölner Ford-Werken, die Abfindungsverträge seien eine Privatangelegenheit zwischen dem Werksvorstand und den einzelnen Arbeitern!

Dieses Verhalten der Gewerkschaftsbonzen und der Betriebsratsspitze geht von einer

schmutzigen Spekulation aus: Wenn die Gewerkschaft nichts unternimmt und die Entlassungen de facto billigt, wird sich in der Belegschaft Resignation breit machen. Viele werden sich sagen, wenn ich mich jetzt nicht auf den Abfindungsvertrag einlasse (er bringt den Betroffenen je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit eine Entschädigung zwischen 8 000 und 13 000 Mark), werfen die Bosse mich später doch noch raus und zwar ohne große Entschädigung!

Leider ist diese Rechnung der Bosse und Bonzen zum Teil schon aufgegangen. Genaue Zahlen sind zwar noch nicht bekannt, aber wahrscheinlich sind inzwischen schon viele Kollegen auf das Abfindungsangebot eingegangen, weil sie darin die einzige Alternative sahen.

Gegen Ende der zweiten August-Woche war die Zahl der in den Kölner Ford-Werken produzierten Autos von normalerweise durchschnittlich 1 300 pro Tag bereits auf etwas über 1 000 zurückgeschraubt. Sie soll noch mindestens bis auf 800 weiter heruntergedrückt werden. Gleichzeitig werden ab dem 18. August wieder zwei volle Wochen Kurzarbeit verfahren. Auch für die letzten beiden Septemberwochen ist bereits Kurzarbeit angemeldet. Das bedeutet, daß auch nach der Vernichtung der 6 000 Arbeitsplätze weitere Massenent-

lassungen nicht auszuschließen sind!

In der Belegschaft gibt es jedoch nicht nur resignative Tendenzen. Immer stärker wird die Empörung über das niederträchtige Verhalten der IGM-Bonzen. Erste selbständige Aktivitäten in den Abteilungen zur Organisation des Kampfes für die Verteidigung der Arbeitsplätze wurden inzwischen von kämpferischen Kollegen eingeleitet. Noch ist es nicht zu spät!

IGM-Chef Loderer schrieb kürzlich in der IGM-Zeitung „metall“, angesichts der „japanischen Herausforderung“ dürften „die deutschen Unternehmer nicht aus ihrer Pflicht im internationalen Wettbewerb entlassen werden“. Im Klartext gesprochen heißt dies: Die Gewerkschaftsführung erkennt Massenentlassungen und Arbeitsplatzvernichtung in der deutschen Automobilindustrie als „notwendig“ an, weil dadurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen (bzw. der in der Bundesrepublik produzierenden) Autohersteller gestärkt wird.

Das ist der Hintergrund des falschen Spiels, das Loderer und Konsorten betreiben. Sie sagen es nicht offen, aber sie befürworten die Entlassungsfeldzüge der Automobilkönige, weil sie die Logik des kapitalistischen Profitstrebens anerkennen.

## Lambsdorff in China

# Alltag der reaktionären deutsch-chinesischen Zusammenarbeit

## Chinesische Rohstoffe sind das Ziel der Wirtschaftsdelegation

PEKING. — Mit großem Rummel und ständigen Beteuerungen über die hervorragende Zusammenarbeit ging der dreitägige Besuch der westdeutschen Wirtschaftsdelegation in China über die Bühne, wie er nach dem Wirtschaftsabkommen des letzten Jahres die Regel werden soll.

Drei Themen standen bei Lambsdorffs Besuch im Vordergrund. Zum einen verlangen die westdeutschen Monopole von China einen Rohstoffvertrag. Wissenschaftler der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sind gegenwärtig in China auf der Suche nach Zinn, anderen Nichteisenmetallen und Rohöl. Die Bundesregierung verlangt jetzt im Auftrag der Monopole einen Optionsvertrag: Das bedeutet, daß die chinesische Regierung zuerst mit westdeutschen Firmen über Erschließung und Ausbeutung solcher Vorkommen verhandeln muß, bevor sie mit Firmen anderer westlicher kapitalistischer Staaten verhandelt. Neben konkreten Gesprächen über Ausweitung und Finanzierung (sprich: bundesdeutsche Kredite) des Handels war das dritte Thema ein Schutzabkommen für die westdeutschen Investitionen in China. Laut Lambsdorff ist dieses Abkommen eine Voraussetzung für das Zustandekommen gemeinsamer Betriebe (sogenannter Joint Ventures) zwischen westdeutschen Monopo-

len und chinesischen Kapitalisten.

Der chinesische Außenhandelsminister deutete dabei in allen Fragen die Bereitschaft seiner Regierung an, den westdeutschen Wünschen nachzukommen. Der chinesische Volkskongreß, der im nächsten Monat zusammentreten wird, hat als einen seiner Hauptpunkte neue wirtschaftliche Richtlinien auszuarbeiten. Dort will man offiziell einen verstärkten Leistungs- und Prämienlohn einführen und auch die letzten Hindernisse für die Errichtung monopolkapitalistischer Tochterfirmen beseitigen. Und auch was die Wünsche nach Rohstoffen anbelangt, zeigten sich die chinesischen Reaktionäre willig. Erze, Kohle und Öl stellten sie in Aussicht.

Die Folgen dieser Zusammenarbeit werden die Werktätigen beider Länder zu tragen haben. Die westdeutschen Kapitalisten suchen gegenwärtig in aller Welt nach möglichst billiger Kohle — die chinesischen Arbeiter werden sie fördern müssen und bei uns wird das

Zechensterben weitergehen. Wie überhaupt die geplanten gemeinsamen Betriebe in der weiteren Entwicklung aus China ein von den westdeutschen Kapitalisten begehrtes Billiglöhndland machen können, in das Teile der westdeutschen Produktion verlagert werden. Bereits jetzt zeigten sich die westdeutschen Monopole nur mit einem chinesischen Vorschlag unzufrieden: ein gemeinsames Handelskontor aller westdeutschen Firmen zu eröffnen. Jeder Konzern möchte dort gern sein eigenes Handelsbüro aufmachen, um so auch dort den Konkurrenzkampf, auf dem Rücken der deutschen wie der chinesischen Arbeiter austragen zu können.

Wie wichtig den westdeutschen Unternehmern das Chinesische trotz des Scheiterns der größten Pläne der Pekingener herrschenden Klasse ist, zeigt schon die Zusammensetzung der Wirtschaftsdelegation, an der außer Lambsdorff und seiner Ministerialdirektorin eine ganze Reihe führender Vertreter der Monopole teilnahmen.

## Neue Fregatten im Rohbau fertiggestellt

BREMEN. — In der vergangenen Woche gab die Bundesmarine die erste im Rohbau fertiggestellte Fregatte vom Typ 122 zur Besichtigung durch die Presse frei. Insgesamt sollen sechs der neuen 3 600 Tonnen großen Mehrzweckfregatten auf mehreren westdeutschen Werften gebaut werden. Generalunternehmer ist die zum Thyssen-Konzern gehörende Bremer Vulkanwerft.

Nach Angaben der Bundesmarine sollen die neuen Kriegsschiffe, die bis 1984 fertiggestellt sein werden, „das Rückgrat“ der westdeutschen Kriegsflotte in der Nordsee darstellen. Sie können drei Wochen lang „autark in See operieren“.

Die Mehrzweckfregatten sind ein wichtiger Bestandteil des größten Rüstungsprogramms, das je für die Bundeswehr eingeleitet wurde. 1976 beschloß das Bonner Kriegsmministerium eine Rundumerneuerung aller Waffensysteme. Damals wurde unter anderem auch der Bau von 322 Tornado-Kampfflugzeugen und 1 800 Panzern vom Typ Leopard 2 in Auftrag gegeben. Durch dieses Beschaffungsprogramm wird die aggressive Schlagkraft des zweitstärksten Militärapparats der westlichen Welt noch weiter erhöht.

Für die westdeutschen Rüstungskonzerne ist dieses Programm — wie es die „Wirtschaftswoche“ formulierte — „das größte Geschäft aller Zeiten“. 1976 wurde dessen Wert auf 100 Milliarden Mark beziffert. Inzwischen haben die Rüstungskonzerne, dank der sogenannten gleitenden Preise, die ihnen von Bonn gewährt werden, jedoch kräftig aufgeschlagen. Die neue Mehrzweckfregatte hat sich schon nach dem jetzigen Stand um 37 Prozent auf 431 Millionen verteuert.

## Atom-Flugzeugträger für die Sowjetmarine

Auch die sowjetische Kriegsmarine verstärkt ihre Kapazitäten immer mehr. Nach Angaben von „Janes Flottenhandbuch“ wird gegenwärtig der Bau von acht neuen Großkampfschiffen geplant. Darunter sind vier atomgetriebene Flugzeugträger mit einer Größe von je 75 000 BRT und vier ebenfalls atomgetriebene Kreuzer der Kirow-Klasse mit je 32 000 BRT.

Die Sowjetunion hat in den vergangenen Jahren vor allem ihre aggressive Kriegsflotte ständig weiter ausgebaut.

## IGM-Kritik an Rüstungsbetriebsräten

STUTTGART. — Kritik an Betriebsräten aus Rüstungsbetrieben, die „öfter auf der Hardthöhe (Bonner Kriegsministerium — RM) standen als im IGM-Vorstandsgebäude“, hat der baden-württembergische Bezirksleiter der IGM, Steinkühler, geübt.

Es geht dabei um solche Betriebsräte, und die sind keineswegs nur eine Ausnahme, die als Lobbyisten der Rüstungskonzerne auftreten und beispielsweise eine Aufhebung der staatlichen Beschränkungen für die Waffenexporte fordern. Demgegenüber bekräftigte Steinkühler die Haltung der IGM, die einen Rüstungsexport in sogenannte Spannungsgebiete ablehnt.

## Richtlinien für Redakteure

# Objektive Berichterstattung?

Bis auf wenige rühmliche Ausnahmen wird die zum ersten Mal kandidierende VOLKSFRONT von den großen Zeitungen regelrecht geschnitten. Am besten konnten bislang noch die Leserbriefspalten für Stellungnahmen der VOLKSFRONT bzw. ihrer Bundestagskandidaten genutzt werden. Daß diese offensichtliche Diskriminierung, die eklatant gegen das journalistische Gebot der umfassenden und objektiven Berichterstattung verstößt, System hat, zeigen Richtlinien, die die Chefredaktion einer rheinland-pfälzischen Zeitungsgruppe hausintern verbreitet hat.

Dort heißt es unter anderem: „Für die Dauer des Wahlkampfes werden in den Lokalteilen keine politischen Leserbriefe mehr veröffentlicht.“ Leserbrief mit kommunalpolitischem Inhalt seien zwar möglich, „aber sorgsam abzuwägen“.

Das Kriechertum gegenüber den großen Parteien ist bereits so groß, daß man von vornherein etwaige kritische Stellungnahmen aus der Bevölkerung abblockt.

Weiter heißt es: „Politiker, die mit offenen Briefen an uns herantreten, verweisen wir an die Anzeigenabteilung.“ Das vielgepriesene Recht auf freie Meinungsäußerung wird von der Fülle des Geldbeutels abhängig gemacht. „Zählst Du gut, informiere ich über Dich!“ Das ist die Logik einer solchen Berichterstattung.

Auch für die journalistische Behandlung der Direktkandidaten gibt es genaue Anweisungen. Während Direktkandidaten der „drei klassischen Parteien“ mit „einem einspaltigen Foto“ vorgestellt werden, müssen „Splittergruppen“ mit „halbspaltigen Fotos“ vorlieb nehmen. Hier pflanzt sich die Diskriminierung der Parteien, die noch nicht im Bundestag vertreten sind, in den Spalten der Presse fort. Was auf politischer Ebene durch Fünf-Prozent-Klausel und Unterschriftensammeln klein gehalten werden soll, wird auf journalistischer Ebene gewissermaßen als gänzlich unbedeutende Erscheinung abgehandelt.

Ähnlich sieht es bei den Berichten von Großveranstaltungen aus. Jede kandidierende Partei soll nur mit einer Groß-

veranstaltung in die Zeitung kommen. Während aber für die „klassischen Parteien“ ein „Dreispalter mit Bild als Aufmacher“ geplant ist, müssen sich Parteien wie die VOLKSFRONT „mit einem Zweispalter von etwa 40 Zeilen ohne Bild“ bescheiden.

Das alles wurde unter dem Vorwand der Unabhängigkeit und Objektivität beschlossen. „Wir dürfen uns nicht zum Pro-

## Strauß kommt nach Hamburg

# SPD will Demonstration verhindern

HAMBURG.— Für den 25. August plant der CSU-Chef seinen Wahlkampfauftritt in der Hansestadt. Ein breites Bündnis verschiedener Organisationen, darunter auch die VOLKSFRONT, hat für diesen Tag zu einer Demonstration gegen Strauß und sein reaktionäres Programm aufgerufen.

Die Hamburger SPD versucht, eine machtvolle Demonstration vor der Ernst-Merck-Halle, wo Strauß sprechen will, zu verhindern. Der erste Schritt dazu war sozusagen parteiintern: SPD-Chef Staak sprach für die Jusos, die sich an dem erwähnten Aktionsbündnis beteiligen, ein Demonstrationsverbot aus. Die Begründung dafür war bemerkenswert. Zum einen wäre, so Staak, eine Demonstration gegen Strauß sowieso kein geeignetes Mittel der Politik. Und zum anderen müsse man Krawalle wie bei dem NATO-Spektakel in Bremen befürchten.

Damit zeigt die SPD wieder einmal, was von ihrer angeblichen Gegnerschaft zu Strauß zu halten ist. Sie macht ihren Einfluß geltend, um jede wirkliche Aktivität gegen den Vormarsch von Strauß zu sabotieren. Und die Äußerungen von Staak zeigen zudem, daß die

pagandaforum einzelner Parteien machen lassen“, heißt es im Vorspann der hier zitierten Richtlinien. Das Gegenteil wird bezweckt. Man macht sich zum Sprachrohr der großen Bonner Parteien und ihrer reaktionären Politik. Man schweigt die VOLKSFRONT und ihre Kandidaten systematisch tot bzw. berichtet in einem Ausmaß, der ihrer wirklichen Bedeutung in keiner Weise entspricht und würgt die kritische Meinung der Bevölkerung, die sich in be-

grenztem Maße in den Leserbriefspalten der Presse widerspiegeln kann, systematisch ab.

Für alle Redakteure und Reporter, die unabhängig von ihrer politischen Einstellung ihren Beruf ernst nehmen, denen die umfassende Informationspflicht noch keine leere Phrase geworden ist, laufen diese Richtlinien auf eine Behinderung ihrer Berufsausübung hinaus. Sie sind nichts anderes als ein Mittel zur politischen Disziplinierung und Kontrolle.

SPD-Führung die „Bremer Krawalle“ dazu benutzt, um ihre Jugendorganisationen stärker an die Kandare zu nehmen. Im Hamburger Fall ist die Berufung des Parteichefs auf Bremen besonders pervers. Denn die Krawalle waren ja maßgeblich von den Bonner Geheimdiensten provoziert worden. Parteichef Staak aber ist als Innensenator selbst Boß eines Geheimdienstes. Ihm untersteht das Landesamt für Verfassungsschutz, das in der Vergangenheit immer wieder durch seine Spitzeltätigkeit in Hamburger Betrieben Proteste ausgelöst hat.

Obwohl Staak jetzt mit Parteistrafen gegen diejenigen SPD-Mitglieder drohte, die sich trotz des Verbots an der Anti-Strauß-Demonstration beteiligen, sind die Jusos nicht von ihrem Vorhaben abgegangen. Vorstandsmitglied Beiling: „Wir

nehmen an der Demonstration teil.“ Allerdings wollen die Jusos ebenso wie einige revisionistische Organisationen nicht bis zur Ernst-Merck-Halle, dem Ort des Strauß-Auftritts, demonstrieren. Gerade das aber halten die VOLKSFRONT und einige andere Organisationen, die sich an dem Aktionsbündnis beteiligen, für notwendig, um den Protest gegen Strauß wirkungsvoll auszudrücken. Sie haben angekündigt, die Demonstration bis zur Ernst-Merck-Halle weiterzuführen.

Gegen diese berechnete Absicht aber will der SPD-Senat seine Polizeitruppen einsetzen. Staak — diesmal in seiner Eigenschaft als Innensenator — hat erklärt, er würde die Gegend um die Halle weiträumig absperren lassen. Die VOLKSFRONT hat gegen diese Einschränkung des Demonstrationsrechtes Protest eingelegt.



Bundesrepublik ist es die NATO und in der DDR der Warschauer Pakt. Deutschland würde zweifellos zu einem zentralen Schlachtfeld werden in einem Krieg, der die Greuel und Verwüstungen des zweiten Weltkrieges weit in den Schatten stellt. (...)

Kommt es zum direkten Zusammenprall dieser beiden Supermächte an irgendeinem Punkt unserer Erde, dann wird unser Land unweigerlich mit hineingezogen werden. Dies nicht nur deshalb, weil die Bonner Politiker uns zur vordersten Bastion der USA ausbauen, sondern vor allem deshalb, weil auf deutschem Boden die beiden Supermächte sich waffenstärkend gegenüberstehen. In der

Ferdinand Tiemann, 60 Jahre, wohnhaft in Kiel, ist gelernter Fischer und übt heute den Beruf des Kraftfahrers aus. Den 2. Weltkrieg erlebte er als Soldat von der ersten bis zur letzten Minute, siebenmal wurde er verwundet. Nach dem Kriege setzte er sich für den Aufbau eines wahrhaft demokratischen Deutschlands ein, kämpfte gegen die Notstandsgesetze und kämpft heute als Mitglied der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

ter des Boykottaufrufes entlarvt, sondern die VOLKSFRONT zeigt auch in ihrem Programm zur Bundestagswahl den Weg, den wir gehen müssen, damit es nie wieder Krieg gibt. Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der Abzug aller fremden Truppen vom bundesdeutschen Boden sind die Grundvoraussetzungen dafür. Eine Neutralitätspolitik der Bundesrepublik mindert nicht nur die Kriegsgefahr für uns, sondern ist ein echter Beitrag zur Festigung des Friedens auf der ganzen Welt. Dafür muß ein aktiver Friedenskampf geführt werden. Am 5. Oktober bedeutet dies, alle Stimmen für den Frieden können nur Stimmen für die VOLKSFRONT sein.



Propagandastand der VOLKSFRONT

## BKA und Bundesgrenzschutz — Privatarmee der CDU?

Antifaschisten und Demokraten sollten sich nicht wundern, wenn sie auf einer der nächsten Großveranstaltungen mit dem Kanzlerkandidaten der Union von auf Kosten unserer Steuergelder durchtrainierten jungen Burschen angegriffen und zusammengeschlagen werden, denn zumindest die hessische CDU rekrutiert ihre Saalschutzstaffeln aus den Reihen des Bundeskriminalamtes, des Bundesgrenzschutzes und der Polizei!

Wie Erhard Niedenthal im Auftrag des hessischen Landesvorstandes der CDU an alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt und hessische Polizeibeamte unter der Anrede „Liebe Parteifreunde“ schreibt, sind nun „konkrete Planungen im Sicherheitsbereich möglich“.

„Nach Rücksprache und im Einvernehmen mit Ihren Vorsitzenden wende ich mich an Sie und bitte um Ihre Hilfe bei der Durchführung von Großveranstaltungen in Ihrem Bereich oder vielleicht auch darüber hinaus. Wir sind darauf angewiesen, daß Sie sich in Ihrer dienstfreien Zeit der Partei zur Verfügung stellen, weil wir nicht mehr auf freigestellte Beamte zurückgreifen können.“

Neben dem massiven offiziellen staatlichen Schutz, den die verantwortlichen Behörden den Häuptern der Reaktion angedeihen lassen, schickt die Union sich an, Schutzstaffeln mit staatlichem „Know how“ aufzubauen, die jeder öffentlichen Kontrolle von vornherein entzogen sind.

Die Nazis bauten ihre SS-Staffeln auf und infiltrierten damit systematisch die Sicherheitsorgane des Staates; die Unionsparteien scheinen den umgekehrten Weg zu gehen.

Landesverband Hessen  
Büro: Allee 29  
Telefon: (0 61 21) 5 90 51  
Fachschrift: 4 185 290  
4000 Wiesbaden 1

Postfach: 35-402  
Commerzbank Westfalen  
BLZ 310 400 30  
4100-40 5863 500

9. Juli 1980  
H/ge

Liebe Parteifreunde,

nun ist es an der Zeit, letzte Vorbereitungen für die Durchführung der Großveranstaltungen im Bundestagswahlkampf zu treffen. Nachdem die Rednerlisten vorliegen, sind konkrete Planungen im Sicherheitsbereich möglich.

Da Herr Exter vom CDU-Landesverband voraussichtlich für andere Aufgaben zur Verfügung stehen muß, habe ich den Sicherheitsbereich für die CDU Hessen übernommen. Nach Rücksprache und im Einvernehmen mit Ihren Vorsitzenden wende ich mich an Sie und bitte um Ihre Hilfe bei der Durchführung von Großveranstaltungen in Ihrem Bereich oder vielleicht auch darüber hinaus.

Wir sind darauf angewiesen, daß Sie sich in Ihrer dienstfreien Zeit der Partei zur Verfügung stellen, weil wir nicht mehr auf freigestellte Beamte zurückgreifen können.

Anbei finden Sie einen Fragebogen, den Sie bitte ausgefüllt zurücksenden möchten. Einzelheiten erfahren Sie, wenn Sie Ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit bekundet haben.

Schon heute darf ich mich ganz herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

## VOLKSFRONT-Kandidat Ferdinand Tiemann

# „Ein aktiver Friedenskampf muß geführt werden“

## Für eine Neutralitätspolitik der Bundesrepublik

Als einzige der an der Bundestagswahl beteiligten Organisationen setzt sich die VOLKSFRONT aktiv für eine Friedenspolitik ein. Mit freundlicher Genehmigung des „Volksechos“ veröffentlichen wir im folgenden Auszüge aus einem Kommentar von Ferdinand Tiemann, Direktkandidat der VOLKSFRONT im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde. Der Kommentar ist in der August-Nummer des „Volksechos“ erschienen.

Nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges wurde auch in Deutschland der Schwur „Nie wieder Krieg“ zu einer zentralen Lösung.

Doch heute scheint dies alles schon wieder vergessen zu sein. Die Bonner Parteien bauen nicht nur unsere Demokratie Stück für Stück ab, sondern lassen sich auch immer tiefer in den Kriegskurs der USA mit hineinziehen. Für mich ist der Schwur von damals auch heute noch die große Verpflichtung und deshalb bin ich nicht nur Mitglied der VOLKSFRONT geworden, sondern habe mich

auch als Direktkandidat zur Verfügung gestellt, um die Menschen in diesem Land gegen einen erneuten Krieg zu mobilisieren. (...)

Kommt es zum direkten Zusammenprall dieser beiden Supermächte an irgendeinem Punkt unserer Erde, dann wird unser Land unweigerlich mit hineingezogen werden. Dies nicht nur deshalb, weil die Bonner Politiker uns zur vordersten Bastion der USA ausbauen, sondern vor allem deshalb, weil auf deutschem Boden die beiden Supermächte sich waffenstärkend gegenüberstehen. In der

## Spendet für die VOLKSFRONT GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

## Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

|                         |          |
|-------------------------|----------|
| KPD Stuttgart-Ost       | DM 600,— |
| Zelle Stuttgart-Nord    | 100,—    |
| A.D., D.-Evern          | 20,—     |
| KPD Dortmund-Hörde-Nord | 300,—    |
| B. u. N.K., Stuttgart   | 140,—    |

insgesamt DM 1 160,—  
Stand der Spendenkampagne am 15.8.80 DM 68 780,02

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Das Präsidium der VOLKSFRONT hat uns mitgeteilt, daß die Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT bis zum 12.10.80 (eine Woche nach Abschluß der Bundestagswahl) verlängert wird, um gerade noch die heiße Phase des Wahlkampfes nutzen zu können. Das Ziel also: 400 000 DM Spenden bis zum 12.10.80! Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zustande kommt.

Bitte überweisen an: KPD, Wellingerhof Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420 - 467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Sparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Unruhe bei Hoesch und Krupp wegen Rationalisierungspakt

# RGO schlägt Kampfprogramm vor

Beratungen zwischen Kollegen beider Konzerne sind nötig!

**BOCHUM/DORTMUND.** — Der vor kurzem von den Konzernvorständen Estel/Hoesch und Krupp verkündete Rationalisierungspakt (vgl. RM 31 vom 1.8. 1980) hat unter den Belegschaften der beiden Stahlriesen

Nicht einmal zu einer konkreten Aufklärung der Belegschaften über die Einzelheiten des Rationalisierungsabkommens und die zu erwartenden Folgen für die Arbeitsplätze konnten sich die zuständigen Gremien der Gewerkschaft und des Betriebsrates bisher durchbringen.

Glücklicherweise existieren jedoch in beiden Stahlkonzernen Betriebsgruppen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Sie erstellten ein gemeinsames Flugblatt, das in der vergangenen Woche in Dortmund, Bochum und Duisburg vor den Toren der Hüttenwerke von Krupp und Hoesch verteilt wurde.

Das Flugblatt gibt einen konkreten Überblick über die in den betroffenen Hüttenwerken vorhandenen Kapazitäten und es liefert eine erste Einschätzung über die Auswirkungen der Konzern-Kooperation, über die zu erwartende Konzentration der Produktion usw. Das Flugblatt, das von den Kollegen mit großem Interesse aufgenommen wurde, enthält des weiteren einen Vorschlag für ein

gemeinsames Vorgehen der Stahlwerker bei Krupp und Hoesch gegen das Rationalisierungs- und Arbeitsplatzvernichtungskonzept der Vorstandsherren. Die RGO-Kollegen schreiben in dem Flugblatt unter anderem:

„Lassen wir uns vom Vorstand und von bestimmten Betriebsräten nichts vormachen. Hoffen wir nicht darauf, daß es uns schon nicht treffen wird, sondern die Kollegen im jeweils anderen Werk. Führen wir gemeinsam den Kampf gegen den geplanten Rationalisierungsfeldzug von Krupp und Estel!“

Nachdem das Flugblatt dann ausführlich die möglichen Auswirkungen des Rationalisierungspaktes dargelegt hat — unter anderem auch die Gefährdung der Dortmunder Stahlbasis bei Estel/Hoesch — heißt es weiter:

„Welche Aufgaben stellen sich den Kollegen, den Gewerkschaftern, die die Lehren des Stahlarbeiterstreiks und die vergangenen Rationalisierungsfeldzüge der Stahlbarone nicht vergessen haben?“

Unruhe ausgelöst. Bislang wurden jedoch weder seitens der IG Metall noch durch den Betriebsrat entsprechende Maßnahmen zur Verteidigung der Belegschaftsinteressen eingeleitet.

Die gegenseitige Information und Zusammenarbeit der Kollegen bei Hoesch und Krupp muß verstärkt werden. In der letzten Woche fand ein erstes Treffen der Betriebsratsspitzen von Krupp und Hoesch statt — sicher notwendig aber nicht ausreichend. Neben den laufenden Informationen über diese Gespräche sind Beratungen zwischen Kollegen und Vertrauensleuten beider Konzerne notwendig. Um dem Arbeitsplatzraubkonzept der Vorstandsherren den geschlossenen Widerstand aller Kollegen entgegenzusetzen, schlägt die RGO folgende Hauptforderungen vor:

1. Sofortige vollständige Offenlegung aller Pläne und Untersuchungsobjekte der Vorstandsarbeitsgruppen!
2. Organisation von Konferenzen von Krupp- und Hoesch-Kollegen zur Beratung und Organisation gemeinsamer Abwehrmaßnahmen gegen die Konzernpläne!
3. Kein noch so schöner Sozialplan erhält Arbeitsplätze für uns und unsere Kinder.

Deshalb:

**Bei Betriebsschließungen Schaffung gleichwertiger Ersatzarbeitsplätze!**

4. Vorfristige Kündigung des Manteltarifvertrages zur Arbeitszeit! Die Konzerne haben ihn mit ihren Rationalisierungsmaßnahmen schon längst entwertet!

**Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**

5. Keine öffentlichen Zuschüsse ohne entsprechende Arbeitsplatzgarantien!
6. Keine Verrentung älterer Kollegen nach den Bedürfnissen der Stahlbarone und ihres Profits, finanziert aus unseren Steuergeldern, sondern:

**Senkung des gesetzlichen Rentenalters für Stahlarbeiter auf 55 Jahre, bei voller Rentenzahlung wie mit 65 Jahren!**

RGO-Betriebsräte bei Hoesch

## Landesarbeitsgericht hebt Verfügung gegen Hoesch wieder auf

**HAMM.** — Am 13. August wurde vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm über die Beschwerde des Hoesch-Vorstandes gegen die einstweilige Verfügung des Dortmunder Arbeitsgerichtes zugunsten Hartmut Siemons verhandelt.

Irrtümlicherweise hatten wir in der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgens“ berichtet, am 13. August finde bereits die Berufungsverhandlung im Hauptsacheverfahren statt, also über den Kündigungsschutzstreit Siemon und Bömer gegen Hoesch. Es ging jedoch am 13. nur um die Beschwerde von Hoesch gegen den Beschluß des Arbeitsgerichtes Dortmund vom 18. Juli, der die Hoesch-Bosse zunächst gezwungen hatte, Hartmut Siemon die Ausübung seiner Betriebsratstätigkeit im Werk Union erneut zu ermöglichen.

Wie schon bei der ersten einstweiligen Verfügung, die für Norbert Bömer und Hartmut Siemon auf mehrere Wochen das Werkstör bei Hoesch-Union wieder geöffnet hatte, wurde nun auch dieser Beschluß des Dortmunder Arbeitsgerichtes auf den Einspruch der Konzernbosse hin vom Landesarbeitsgericht in Hamm für nichtig erklärt. Dies, obwohl beide Kollegen in ihrem Hauptsacheverfahren in erster Instanz gewonnen hatten: Das Dortmunder Arbeitsgericht hatte im April dieses Jahres den Kündigungsschutzklagen der beiden entlassenen RGO-Betriebsräte entsprochen und ihre Entlassung für ungültig erklärt.

Es ist allerdings nichts Neues, daß in der bundesdeutschen Arbeitsgerichtsbarkeit die zweite Instanz in der Regel das Grab für arbeiterfreundliche Urteile der ersten Instanz ist. Für die Gewerkschaften ist es um so notwendiger, für einen verbesserten Kündigungsschutz zu kämpfen, der zumindest jenen Kollegen, die in erster Instanz die rechtliche Unhaltbarkeit ihrer Entlassung bescheinigt bekommen, auch faktisch ihr Recht garantiert, also ihren Anspruch auf Weiterbeschäftigung (bzw. auf weitere Ausübung ihres Betriebsratsamtes).

Die Rationalisierungsmaß-

nahmen der Hoesch-Bosse in den letzten Monaten, der Angriff auf die Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit Hoesch/Krupp, die ersten Stilllegungen bei Hoesch, die sich immer mehr verdichtende Perspektive, daß das ganze Union-Werk in absehbarer Zeit dichtgemacht werden soll — all das läßt die Kollegen immer deutlicher spüren, daß die Entlassung der beiden oppositionellen Betriebsräte die Belegschaft wehrlos machen sollte.



Hartmut Siemon

Lügen, Hetze und faden-scheinige Vorwände, mit denen die Belegschaft verunsichert worden war, als man Hartmut Siemon und Norbert Bömer maßregelte, sind inzwischen restlos entlarvt und kein ehrlicher Hoesch-Werker läßt sich davon mehr irreführen. Nicht zuletzt deshalb kann man davon ausgehen, daß die Chancen für einen Sieg der entlassenen Betriebsräte vor dem Landesarbeitsgericht nicht schlecht stehen.

Inzwischen ist der Termin für die Berufungsverhandlung bekannt: Sie wird am 24. September um 9.00 Uhr im Landesarbeitsgericht in Hamm beginnen. Wer Zeit und von seinem Wohnort her die Möglichkeit dazu hat, sollte zu der Verhandlung kommen, um seine Solidarität zu demonstrieren. Die Berufungsverhandlung findet für Siemon und Bömer gemeinsam statt.

Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung bei Ford!

## 6 000 — und kein Ende?

Betriebsgruppe der RGO ruft zum Kampf auf

**KÖLN.** — Die Betriebsgruppe Ford/Köln der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) spannt ihre Kräfte an, um in der Belegschaft den Widerstand gegen die Massenentlassungen zu organisieren. Die Betriebsratsspitze und die Gewerkschaftsböden versuchen, jeden Kampf der Ford-Arbeiter abzuwürgen. Die

Muß man da nicht eine unheimliche Wut im Bauch haben? Da schuftet man jahrelang für Ford, muß um jeden Pfennig kämpfen, wird aber Jahr für Jahr auf Sonderschichten gezwungen. (...)

Und jetzt (...) werden rücksichtslos Arbeitsplätze vernichtet. 6 000 Kollegen kriegen einen Tritt in den Hintern, versüßt mit 8 000 bis 12 000 Mark. Jetzt soll die Arbeitshetze für den Rest der Kollegen weitergehen wie immer; Woche für Woche soll jetzt die Gefahr weiterer Entlassungen in der Luft liegen.

Und einer sahn ab! Henry Ford bekam letztes Jahr 550 Millionen Mark überwiesen. Dieses Jahr nahm er gleich 1,38 Milliarden Mark mit (davon 900 Millionen Mark Kredit)!

### 6 000 „Privatverträge“ sind keine Privatsache

Jedem Gewerkschafter muß klar sein, es geht nicht „nur“ um 6 000 Abfindungsverträge sondern um mehr:

1. In Köln wird es statt 23 000 dann 29 000 Arbeitslose geben. (...)
2. Es gibt Folgen für die Zulieferbetriebe. Laut „Kölner Stadtanzeiger“ muß ein Brühler Werk schon kurzarbeiten.
3. Wer garantiert uns, daß es bei den 6 000 Entlassungen bleibt? Laut Werksleitung soll es auch nach den Entlassungen wieder Kurzarbeit geben. (...).
4. In der ganzen Automobilindustrie werden Arbeitsplätze vernichtet (...).
5. Die Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen wird stär-

ker. Am Arbeitsamt kann man bereits die Parole lesen, „Türken raus“. So lenken Nazis und andere Hetzköpfe von den wahren Schuldigen ab. Die Ford-Kapitalisten bleiben ungeschoren. Die Hauptleidtragenden, die entlassenen Kollegen, sollen an der Arbeitslosigkeit schuld sein!

### Die Gewerkschaft muß handeln!

Es sieht so aus, als könne man nichts tun. In Wirklichkeit haben die meisten Kollegen nicht die Hände, sondern die Faust in der Tasche! Wozu bezahlen wir jeden Monat Gewerkschaftsbeiträge? Um uns anzuhören, daß die Abfindungen Privatsache sind? Wozu haben wir unsere Gewerkschaftsorganisation im Betrieb?

Das ist doch gerade der Sinn der Gewerkschaft, daß man als

Massenentlassungen nannten sie eine „Privatsache“ der einzelnen Arbeiter, da sie doch über Abfindungsverträge abgewickelt würden. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Flugblatt der RGO, das vor den Werkstoren bei Ford in Köln verteilt wurde.

einzelner Arbeiter nicht machtlos der Willkür der Kapitalisten ausgesetzt ist, sondern gemeinsam und organisiert seine Interessen durchsetzen kann.

Die IG Metall muß unbedingt handeln!

(...)

**Folgendes müßte sofort geschehen:**

- Eine Vertrauensleuteversammlung
- Eine Betriebsversammlung sofort
- Vorgezogene Vertrauensleute-Vollversammlung für Köln
- Initiativantrag an den IG-Metall-Gewerkschaftstag: „Rettet die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!“

**Und das sind die wichtigsten Forderungen für Köln:**

- Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung bei Ford!



6 000 Kollegen sollen auf ihren Arbeitsplatz verzichten. Die IGM-Führung läßt es geschehen.

- Runter mit der Arbeitshetze! Mehr Leute ans Band, geringere Bandgeschwindigkeit!
- Bei Kurzarbeit voller Lohnausgleich!
- 35-Stunden-Woche bei Ford — voller Lohnausgleich!
- Mehr bezahlte Pausen am Band!

Nach dem Scheitern der Mitbestimmungsverhandlungen

## DGB-Führung wiegelt ab

**DÜSSELDORF.** — Nachdem die Verhandlungen bei Mannesmann über die Beibehaltung der Montanmitbestimmung im Gesamtkonzern gescheitert waren, wären eigentlich Kampfmaßnahmen der IG Metall überfällig gewesen. Aber die DGB- und IGM-Führer wiegelten ab.

Loderer erklärte trotz der provokatorischen Haltung des Konzernchefs Overbeck und der Unternehmensverbände, die IGM sei auch jetzt noch verhandlungsbereit. Dem Mannesmann-Vorstand warf Loderer vor, mit seiner Haltung habe er „unübersehbare Schäden für das soziale Klima, nicht nur im Mannesmann-Bereich selbst, angerichtet“.

Aber was soll solches Gezeiter? Seit Jahren gehen die Stahlbarone immer rücksichtsloser gegen die Rechte und den sozialen Besitzstand der Arbeiter und unteren Angestellten vor. Hemmungslos werden Zigttausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Mit dem Aussperrensknüppel sollte jeder Widerstand gebrochen werden. Mit dem jetzigen Versuch, auf schmutzige Art die Montanmitbestimmung zu demontieren, soll jeglicher Versuch, den brutalen und unumschränkten „Herr-im-Hause-Standardpunkt“ der Kapitalisten

auch nur theoretisch in Frage zu stellen, von vornherein niedergebügelt werden.

Wie kann man da von einem „sozialen“ Klima sprechen? Die Frage steht ganz anders. Entweder die Stahlwerker geben den Overbecks und Konsorten Kontra, und dazu brauchen sie ihre Gewerkschaft, müssen sie einen organisierten Rückhalt haben. Oder die Kapitalisten werden mit ihren Angriffen immer frecher und offensiver. Ihr Ziel ist erklärtermaßen die Einführung „japanischer Verhältnisse“ in den Betrieben. Sie träumen von einem fügsamen Sklavenheer, aus dem sich noch die letzten Leistungsreserven herauspressen lassen und die sich widerstandslos allen Rationalisierungsstrategien unterwerfen.

Einzelne Vertreter der Montankonzerne gehen bereits soweit, die Gewerkschaften in unglaublich provokativer Weise zu

diffamieren, wie jener Bergwerksdirektor der Schachtanlage Aden/Grimberg 3/4, namens Heising. Dieser Herr erlaubte es sich, den DGB mit den Nazisfächern zu vergleichen, weil der DGB sich gegen die Abschaffung der Montanmitbestimmung wehrt.

Die Montanmitbestimmung ist alles andere als eine „wertvolle Errungenschaft“ der Arbeiterklasse, auch wenn ihre Demontage auf verschärfte Entrechtung der Arbeiter zielt. Ein eklatanter Widerspruch liegt allerdings darin, wenn Gewerkschaftsböden wie Loderer einerseits behaupten, die Montanmitbestimmung sei ein Eckpfeiler der Demokratie, während die gleichen Böden andererseits nicht einmal dann zur Mobilisierung gewerkschaftlicher Gegenmacht bereit sind, wenn die Konzernherren sich anschicken, diesen „Eckpfeiler“ in Trümmer zu legen.

Anträge auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag der IG Chemie

# Hauenschild im Kreuzfeuer der Kritik

Nein zum Abbau demokratischer Strukturen in der IG Chemie

Am 7. September beginnt in Mannheim der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik. Wohl kaum stand bisher ein Gewerkschaftstag der IG Chemie so sehr unter dem Vorzeichen scharfer innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen wie dieser. Zuerst der „Fall Patschkowski“ und dann die Auseinandersetzung um den

647 Anträge und Entschließungen liegen dem Gewerkschaftstag vor. Zum größten Teil haben sie, zumindest in der Tendenz, fortschrittliche Inhalte. Die wichtigsten aktuellen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen die Angriffe des Kapitals auf die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeiterschaft werden aufs Tapet gebracht. Daneben geht es vor allem auch um das Problem der innergewerkschaftlichen Demokratie, nicht zuletzt um das Verhalten des Gewerkschaftsvorsitzenden Hauenschild.

## Gegen unkontrollierte Bonzenmacht

Geht es nach den in den 647 vorliegenden Anträgen aufgeworfenen Problemen, dann bildet der Kampf um die innerorganisatorische Demokratie den absoluten Schwerpunkt des 11. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie. Denn ein großer Teil der Anträge richtet sich in dieser oder jener Form gegen die Angriffe von Hauenschild und Konsorten auf demokratische Entscheidungsmöglichkeiten. Sie richten sich gegen die Unterdrückung oder Abschaffung von Mitgliederrechten und gegen unkontrollierte Machtpositionen einer kleinen Schicht von hauptamtlichen Funktionären in den oberen und höchsten Führungsgremien der IG Chemie. Von diesen Anträgen richten sich allein 22 gegen die Satzungsänderung, die im April 1979 auf Betreiben von Hauenschild durch den Gewerkschaftsbeirat trotz massiver Proteste in der Organisation beschlossen worden ist. Diese Satzungsänderung, auf die wir in dem untenstehenden Artikel genauer eingehen („Der Satzungsstreit in der IG Chemie“), legalisiert die Einsetzung von nicht oder nicht ordnungsgemäß gewählten Vertrauensleuten und sie ermöglicht faktisch die Abschaffung jeder Möglichkeit für demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse von unten nach oben innerhalb der Organisation.

Eine Reihe weiterer Anträge zielt darauf ab, daß künftig derartige Beschlüsse nicht mehr in solch undemokratischer Weise zustandekommen können. Unter anderem wird gefordert, daß Änderungen der Satzung künftig ausschließlich von Gewerkschaftstagen vorgenommen werden können.

Auch die Art, wie der Beirat gewählt wird und seine Zusammensetzung, soll künftig stärker an demokratischen Prinzipien orientiert sein. Künftig sollen Vorstandsmitglieder und andere hauptamtliche Funktionäre, die dem Beirat angehören ohne in dieses Gremium gewählt zu sein, diesem nur noch in beratender Funktion, also ohne Stimmrecht angehören dürfen. Eine weitere Forderung zielt auf die Demokra-

tisierung des Verfahrens zur Einberufung von Außerordentlichen Gewerkschaftstagen.

Schwerpunkte in diesem Zusammenhang bilden ferner die Frage der Einsetzung oder Wählbarkeit bzw. Abwählbarkeit bestimmter hauptamtlicher Funktionsträger vor allem der Bezirksleiter (diese Forderung wurde bekanntlich auch von IG-Metall-Vertrauensleuten nach dem Stahlarbeiterstreik massiv erhoben) sowie der Widerstand gegen den Versuch von Hauenschild und Konsorten, die Rechte des Beschwerdeausschusses einzuschränken.

Als Reaktion auf die Willkür des Hauptvorstandes bei der Entlassung des oppositionellen Geschäftsführers der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden wird in einer Reihe von Anträgen eine Satzungsänderung verlangt, die sicherstellt, daß Geschäftsführer, Sekretäre und Angestellte der IG Chemie vom Hauptvorstand künftig nur noch im Einvernehmen mit dem zuständigen Verwaltungsstellen-Vorstand entlassen werden können. Weiter wird gefordert, daß, wenn Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptvorstandes vorzeitig aus dieser Funktion ausscheiden, die Nachfolger nicht mehr vom Beirat, sondern nur von einem Außerordentlichen Gewerkschaftstag gewählt werden können.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß mehrere Anträge die Ausweitung der Einflußmöglichkeiten der Mitglieder, insbesondere der Vertrauensleute, bei der Aufstellung, Höhe und Durchsetzung von Tarifforderungen fordern. Unter anderem wird gefordert, daß Tarifabschlüsse künftig nur noch nach Anhörung der Vertrauensleutkörper im Rahmen einer Erklärungsfrist endgültig zugestimmt werden kann.

## Böse Ohrfeige für Hauenschild

Die Anträge zum 11. Gewerkschaftstag sind nicht nur politisch gesehen ein Desaster für den Vorsitzenden Hauenschild. Auch persönlich wird ihm eine schwere Ohrfeige verpaßt. Anträge von Delegierten-Hauptversammlungen aus sieben Verwaltungsstellen verurteilen die Diffamierungskampagne von Hauenschild und Konsorten gegen das oppositionelle Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes Paul Plumeyer und sprechen diesem das Vertrauen aus bzw. schlagen vor, daß Plumeyer erneut als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes gewählt wird. Lediglich einen einzigen „Anstandsantrag“ kann Hauenschild vorweisen, der für ihn und gegen Plumeyer Partei ergreift. Er stammt von der Delegierten-Hauptversammlung der Verwaltungsstellen Leverkusen.

Zudem liegen jedoch drei Anträge vor, in denen Hauenschilds öffentliche Verteidigung der Preistreiberei der Ölmultis scharf verurteilt und als schäd-

lich für die IG Chemie bezeichnet wird. Ferner liegt ein Antrag vor, der sich dagegen wendet, daß Hauenschild als einziger Kandidat für die Position des 1. Vorsitzenden der IG Chemie aufgestellt wird. Der Antrag fordert, das Werner Vitt, ein mehr links stehendes Mitglied des Hauptvorstandes, für diese Position kandidieren soll.

lich für die IG Chemie bezeichnet wird. Ferner liegt ein Antrag vor, der sich dagegen wendet, daß Hauenschild als einziger Kandidat für die Position des 1. Vorsitzenden der IG Chemie aufgestellt wird. Der Antrag fordert, das Werner Vitt, ein mehr links stehendes Mitglied des Hauptvorstandes, für diese Position kandidieren soll.

## Gesetzliches Verbot der Aussperrung

In einer großen Zahl von Anträgen werden wichtige Forderungen des Kampfes für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen und Rechte der Arbeiter gestellt. Wir müssen uns hier darauf beschränken, einige der wichtigsten herauszugreifen.

Eine ganze Reihe Anträge fordert, daß die IG Chemie für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung kämpfen soll. Ein Antrag fordert, daß dieses Ziel bis zu seiner Durchsetzung in die Satzung der IG Chemie aufgenommen werden soll. Dieser Antrag ist übrigens von der Satzungscommission zur Annahme empfohlen worden.

Ferner wird vielfach gefor-

dert, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu einem vorrangigen Ziel der Tarifpolitik der IG Chemie gemacht wird. Gefordert wird in diesem Zusammenhang auch die Einführung einer 5. Schicht in Betrieben mit Konti-Schicht-System, sowie die Herabsetzung des Rentenalters für Männer auf 60, Frauen auf 58 und für Schichtarbeiter auf 55 Jahre.

Bemerkenswert auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes ist ein Antrag der Verwaltungsstelle Neustadt-Weinstraße. Dieser Antrag fordert eine aktive Lohnpolitik, im Gegensatz zu der von der IG-Chemie-Führung bisher betriebenen. Es heißt darin:

„Der Hauptvorstand wird aufgefordert, von seiner falschen verstandenen Loyalität zu den Regierungsparteien abzulassen. Aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik erfordert eine stärkere Orientierung an den berechtigten Interessen und Forderungen der Mitglieder.“

Die von den Gewerkschaften geübte Zurückhaltung in der Lohnpolitik führte trotzdem zum Reallohnabbau und nicht zu der erwünschten Eindämmung der Inflationsrate. Preise werden von den Unternehmern gemacht — Löhne



Funktionäre und Mitglieder der IG Chemie demonstrieren gegen die Satzungsänderung und gegen die Unterdrückung der innergewerkschaftlichen Demokratie.

müssen wieder im Interesse der Mitglieder von den Gewerkschaften „gemacht“ werden.“

Das ist eine klare Sprache! Leider wurde dieser Antrag, wie so viele andere fortschrittliche Anträge, von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen.

Erwähnt an Forderungen, die dem Gewerkschaftstag vorliegen, seien zum Schluß noch die Folgenden: Verbot aller faschistischen Organisationen, insbesondere der Grauen Wölfe. Beendigung der Bespitzelung von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Jugendvertretern durch den Verfassungsschutz. Änderung der bisherigen Haltung des Hauptvorstandes zur Energiepolitik; Verzicht auf die Atomenergie; Bau- und Planungsstop für alle Atomkraftwerke. Zum Problem „Frieden und Entspannung“ sei hier ein Antrag des Bezirks Nordmark-Berlin erwähnt, der jede Politik verurteilt, die sich nicht „am unbedingten Willen zu Frieden

und Entspannung jederzeit vorrangig orientiert“. In dem Antrag heißt es unter anderem auch: „Europa würde zum Schlachtfeld eines Krieges der Supermächte werden.“

Dieser Überblick über die Forderungen, die dem 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie vorliegen, vermitteln einen klaren Eindruck davon, daß auch in der IG Chemie die klassenkämpferische Opposition auf dem Vormarsch ist. Um jedoch der Sache dieser Opposition zum Durchbruch zu verhelfen, um die reaktionären Kräfte in der IG-Chemie-Führung zu schlagen und eine Politik durchzusetzen, die sich in allen Punkten konsequent an den Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse orientiert, muß diese Opposition sich zu einer organisierten Front zusammenschließen. Treiben wir den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition in der IG Chemie voran!

## Der Satzungsstreit in der IG Chemie

In der chemischen Industrie sind sogenannte „betriebliche Vertrauensleute“ üblich, das sind „Vertrauensleute“, die mit den Firmenleitungen zusammenarbeiten sollen bzw. dem Unternehmer verantwortlich sind. Die IG-Chemie-Führung hat die Einrichtung dieser, im Grunde gegen die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter gerichteten Organe toleriert. In vielen Fällen besteht eine völlige Verflechtung zwischen dem betrieblichen „Vertrauensleutkörper“ und dem eigentlichen gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper; teilweise ist beides identisch.

Dabei werden die „betrieblichen Vertrauensleute“ häufig gar nicht gewählt, sondern einfach eingesetzt, nicht selten im gegenseitigen Einvernehmen der zuständigen Vertreter der Firma, des Betriebsrates und der Gewerkschaft. Sofern sie jedoch in den Abteilungen gewählt werden sind an der Wahl alle Belegschaftsmitglieder des jeweiligen Bereichs beteiligt, egal ob sie IG-Chemie-Mitglieder sind oder nicht.

Am 9. Januar 1979 verabschiedete der Hauptvorstand der IG Chemie einen Antrag an den Beirat, also an das höchste Gremium der IG Chemie zwischen den Gewerkschaftstagen, auf Änderung des § 35, Ziffern 2 und 5 der IG-Chemie-Satzung. Die oft geübte Praxis, daß die Ortsverwaltungsvorstände nichtgewählte „Vertrauensleute“, bzw. „betriebliche Vertrauensleute“, die auch von

Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern mitgewählt wurden, als gewerkschaftliche Vertrauensleute einsetzen, wird damit in den Rang einer von der Satzung legitimierten Möglichkeit erhoben.

Schon die Möglichkeit der Einsetzung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten von oben bzw. der Bestätigung nicht ordnungsgemäß gewählter „betrieblicher Vertrauensleute“ durch die Ortsverwaltungen bedeutet eine Verstümmelung der innergewerkschaftlichen Demokratie. Die ganze Sache erhält jedoch noch ein ganz andere Tragweite dadurch, daß in der IG Chemie die Delegierten für die entsprechenden Delegiertenkonferenzen, also dem Anspruch nach die ausübenden Träger des demokratischen Willens- und Entscheidungszusammenhangs in der Gewerkschaft, aus den Betrieben gewählt werden, und zwar dort, wo eine gewerkschaftlicher Vertrauensleutkörper besteht von diesem und nicht von einer Mitgliederversammlung!

Der Antrag des Hauptvorstandes sah nun vor, daß ausdrücklich in die Satzung aufgenommen wird, daß die Delegierten in Vertrauensleuterversammlungen von gewählten oder berufenen Vertrauensleuten gewählt werden.

Diese Satzungsänderung sollte vom Beirat verabschiedet werden, ohne daß die Mitgliedschaft oder auch nur der Funktionärskörper vorher darüber

informiert oder gar befragt worden wäre. Als die Sache jedoch nach unten durchsickerte, kam es zu massiven Protesten. Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden, Ferdinand Patschkowski, wandte sich schriftlich an andere Funktionäre der IG Chemie, um eine Diskussion über die beabsichtigte Satzungsänderung zu entfachen. Daraufhin wurde Patschkowski unter Hauenschilds Regie vom Geschäftsführenden Hauptvorstand gefeuert und zwar entgegen dem Veto des gewerkschaftsinternen Betriebsrates der IG Chemie und gegen den Widerspruch des Beschwerdeausschusses der IG Chemie.

Die massiven Proteste, zu denen es nun sowohl an der Gewerkschaftsbasis, als auch auf höheren Funktionärssebenen kam, veranlaßten den Hauptvorstand, dem Beirat eine abgeänderte Version für die Satzungsänderung vorzulegen. Aber auch diese Version enthielt im wesentlichen genau die gleichen undemokratischen Punkte. Es wurde lediglich die Feststellung hinzugefügt, daß die Berufung von Vertrauensleuten nur „als Ausnahme vorgesehen“ sei. Ferner wurde eingeräumt, daß eine Berufung dann zurückgenommen werden müsse, wenn mehr als fünf der von dem eingesetzten Vertrauensmann vertretenen Mitglieder innerhalb einer Frist von vier Wochen Widerspruch beim Verwaltungsstellenvorstand einlegen.

Diese Version wurde am 5. April 1979 vom IG-Chemie-Beirat in Essen verabschiedet. Vor dem Tagungsort, dem Hotel Bredene, demonstrierten über Hundert Funktionäre und Mitglieder der IG Chemie aus verschiedenen Orten gegen die Satzungsänderung und gegen den Rausschmiß Patschkowskis. Zahlreiche Verwaltungsstellen der IG Chemie, die insgesamt etwa 100 000 Mitglieder repräsentierten, forderten damals die Einberufung eines Außerordentlichen Gewerkschaftstages.

Die Kritik der Kollegen richtete sich unter anderem auch dagegen, daß so schwerwiegende Entscheidungen wie die umstrittene Satzungsänderung, überhaupt von einem Gremium wie dem Beirat getroffen werden können, obgleich dies nach demokratischem Verständnis nur Sache eines Gewerkschaftstages sein dürfte.

In einem Antrag der Verwaltungsstelle Köln zum Gewerkschaftstag heißt es über die Konsequenz der von Hauenschild durchgepeitschten Satzungsänderung, ihre Aufrechterhaltung habe zur Folge, „daß somit gewählte Gremien der Organisation ihre Wähler selbst bestellen können, daß die Mitglieder in den Betrieben, in denen die Vertrauensleute benannt werden, auf die Willensbildung ihrer eigenen Organisation überhaupt keinen Einfluß mehr hätten, daß Unorganisierte (...) diesen Einfluß auf die Willensbildung in der Gewerkschaft erhalten, der sie nicht angehören“.

Massive Behinderung der Presse in Gorleben am 4. Juni

# „Scheiß Presse, ihr verschwindet jetzt hier!“

Deutsche Journalistenunion legt Dokumentation vor

Unmittelbar nach der gewaltsamen Räumung des Bohrplatzes 1004 in der Region Gorleben am 4. Juni dieses Jahres waren zahlreiche Vorwürfe in Sachen Behinderung der Presse an die Adresse der Polizei laut geworden. Bis heute hat der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff derartige Vorwürfe strikt zurückgewiesen und seiner Polizei korrektes Verhalten bescheinigt. Nun hat die Deutsche Journalistenunion (dju) eine Dokumentation vorgelegt, die den CDU-Minister als Lügner entlarvt und in erschreckender Weise eine gewaltsame Deformation der Pressefreiheit durch staatliche Organe bloßlegt.

Etwa 30 Journalisten haben für die Dokumentation Berichte geschrieben, aus denen klar und eindeutig hervorgeht, daß bei der Räumung des Bohrplatzes 1004 weder von einer friedlichen Räumung noch von un-

ter hinwies und dem ich gleichzeitig zu bedenken gab, daß sich ein derartiges Vorgehen auch in unserer Berichterstattung niederschlagen werde. Dieser Offizier sagte mir daraufhin: „Unterlassen Sie Ihre

fragte, erhielt er die Antwort, sie sei in Lüchow stationiert. Unter Hinweis auf seine beruflichen Aufgaben, die seine Anwesenheit an der Bohrstelle erforderlich mache, bat der den Beamten, Funkkontakt herzu-



Der massive Polizeieinsatz in Gorleben — immer deutlicher wird jetzt, daß nicht nur wahllos geschlagen wurde, sondern auch die Presse behindert wurde.

behinderter Berichterstattung gesprochen werden kann.

So schreibt Sabine Rosenblatt („konkret“) aus Lüneburg: „Ich sah, wie einige Polizisten völlig grundlos brutal auf die Sitzenden einprügelten, bevor sie sie wegschleiften (...) Vor dem Freundschaftshaus wurde ich Zeuge, wie vier Polizisten einem blonden langhaarigen Jungen, der sich an eine Wolldecke klammerte, über den Boden zerrten. Einer von ihnen zog dem Jungen die Jacke hoch, zwei schlugen mit ihren Schlagstöcken auf seinen entblößten Rücken, der vierte trat ihm — ungefähr zwei Meter von mir entfernt — mit voller Wucht auf den Kopf. Ich versuchte, die Dienstnummer dieses Beamten zu erfahren. Danebenstehende BGS-Beamte sagten, sie hätten nichts gesehen.“

Auch Eckart Spoo von der „Frankfurter Rundschau“ weiß zu berichten:

Unmittelbar bevor die Aufforderung an uns alle erging, das Gelände zu verlassen, hatten wir krasse Übergriffe der Polizei beobachtet.“

Und der Fotoreporter Günter Zint aus Hamburg mußte folgendes erleben:

„Kurz nach Beginn der Räumungsaktion stellte sich ein Beamter mit seinem Rücken genau vor meine Kamera und versuchte mich mit den Worten „Scheiß Presse, ihr verschwindet jetzt hier“ abzudrängen. Unmittelbar neben mir stand ein Polizeioffizier, den ich auf meine Rechte als Pressevertre-

Drohungen.“ Anschließend beauftragte er zwei Beamten, mich des Platzes zu verweisen. Die Beamten drehten mir die Arme auf den Rücken und führten mich aus dem Absperren hinaus.“

Eckart Spoo hatte ähnliche Erfahrungen machen müssen:

„Ich möchte noch erwähnen, daß uns Polizisten während der ganzen Aktion immer wieder Schmähungen zuriefen. Der Ruf „Pressefritzen, Pressefritzen!“, den ich am Vormittag hörte, war noch der harmloseste.“

Eckart Spoo bemühte sich aufgrund der massiven Behinderung der Presse durch die Polizei um Kontakt mit der Einsatzleitung, um sich zu beschweren bzw. den Namen der verantwortlichen Beamten in Erfahrung zu bringen.

So wurde er beispielsweise von einem Polizeihauptkommissar an einen Polizeioberarzt verwiesen, der sich in der Einsatzzentrale befand. Den Standort dieser Einsatzzentrale erfuhr er erst nach mehrmaligem nachdrücklichen Fragen, wobei er mehrmals dümmliche Antworten erhalten hatte („Auf der gedachten Mittellinie“).

Am beschriebenen Ort fand er auch einen Einsatzwagen der Polizei; der erwähnte Polizeioberarzt war dort allerdings völlig unbekannt. Außerdem war man hier der Ansicht, die Einsatzzentrale befände sich am entgegengesetzten Ende der Bohrstelle. Später, als Eckart Spoo einen Beamten mit Funkgerät nach der Einsatzzentrale

stellen. Eckart Spoo skizzierte die Antwort: „Er habe zwar die Möglichkeit, die Funkverbindung herzustellen, sei aber nicht bereit, das für uns zu tun.“

„Eine Zensur findet nicht statt, nur wenn der Staat es dringend nötig hat!“ heißt es bei Erich Weinert. In Gorleben hatte er es dringend nötig, und so wurde die Pressearbeit vor Ort gewaltsam unterbunden.

Schließlich hatte man sich in den höheren Regierungsetagen darauf geeinigt, die Polizeiaktion gegen die „Freie Republik Wendland“ als friedlich-freundliche Aktion auszugeben, und dabei waren die Herren Journalisten am Ort des „friedlichen Geschehens“ nur im Wege. Also wurden sie im wahrsten Sinne des Wortes beiseitegeräumt.

Doch die Rechnung der niedersächsischen Landesregierung unter Albrecht ging nicht auf, nicht zuletzt durch die Dokumentation der dju, die breite gewerkschaftliche Unterstützung finden sollte. Denn solange keine totale Friedhofsruhe an der Front der journalistischen Berichterstattung herrscht, fällt es den Herrschenden schwer, den Kurs auf ein neues '33 zu steuern.

Die Polizeiaktion in Gorleben jedenfalls war vom Geist eines neuen '33 durchdrungen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die an der Dokumentation beteiligten Journalisten noch nachträglich Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angehängt bekämen.

Abermals Ausdehnung der Geheimdienstarbeit

## Niedersachsens Verfassungsschutz überwacht „lebenswichtige“ Betriebe

HANNOVER. — In Niedersachsen ist jetzt als erstem Bundesland eine offizielle „Beratungsstelle für den vorbeugenden Sabotageschutz“ des Verfassungsschutzes eingerichtet worden. Überwacht werden demnach alle Betriebe, die auch im Kriegsfall weiterarbeiten müssen.

Nur dem Namen nach gibt es hier noch einen Unterschied zur Gestapo-Überwachung der damals sogenannten kriegswichtigen Betriebe. Denn sowohl die Auswahl der Betriebe, als auch die Art der Sabotagevorsorge ist direkt der früheren Gestapo-Praxis entlehnt.

Überwacht werden Gas- und Wasserwerke, Rüstungsbetriebe und Kraftwerke aller Art, insbesondere Atomkraftwerke. Nach Auskunft eines Sprechers des niedersächsischen Geheimdienstes können allerdings auch Bäckereien dazugehören — schlichtweg alles also. Natürlich, so wird betont, nur auf

freiwilliger Basis. Allerdings gab man keine Auskunft darüber, was passiere, falls der Fall eintreten sollte, daß eine Betriebsleitung dagegen sein sollte. Im übrigen arbeite man mit vielen Betrieben seit langem bei der Überprüfung bei Neueinstellungen und regelmäßigen Mitarbeiterprüfungen gut zusammen. Alles dies gelte nur für Handlungen oder Unterlassungen (sprich: Streiks), die das Funktionieren solcher Betriebe behindere. Bisher lag der sogenannte Sabotageschutz in den Händen des Landeskriminalamtes.

Daß dies jetzt an den Ver-

fassungsschutz übergeben wird, wurde offiziell mit dessen „besonderen Erkenntnissen“ begründet — in Wirklichkeit also eine weitere Maßnahme der Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches des Verfassungsschutzes. In der Verfassung steht schließlich nichts von Produktionsabläufen in den Betrieben. So steht diese Maßnahme in einer Reihe mit vielen Tatsachen, die in letzter Zeit bekannt wurden, die sowohl die in Wirklichkeit zentrale Rolle des Geheimdienstes im politischen Arsenal der herrschenden Klasse beweisen, als auch dessen ständige Machtausdehnung.

Extreme Berufsverbotspraxis in Bayern

## Lehrergewerkschaft verteidigt Gewerkschaftsrechte gegen oberfränkische Regierung

Gewerkschaftsmitglieder wegen Solidarität mit DKP-Lehrer bedroht

BAYREUTH. — Seit längerem sind immer wieder Meldungen darüber bekannt geworden, daß in Bayern die Berufsverbotspraxis besonders extrem ausgeübt wird. Jetzt hat, anläßlich des Verfahrens, das in Bayreuth gegen den Lehrer Eduard Hertel — Mitglied der DKP — angestrengt wurde, dieses Vorgehen eine neue Stufe erreicht: Gewerkschaftsmitglieder, die sich mit Hertel solidarisiert haben, wurden ebenfalls mit disziplinarischen Maßnahmen bedroht.

Hertel, promovierter Biologe, war 1974 bereits aus dem Dienst an der Pädagogischen Hochschule Bayreuth entlassen worden und bekam als Volksschullehrer im selben Jahr ein Disziplinarverfahren, um ihn endgültig aus dem Staatsdienst zu entlassen. Dieses Verfahren wurde eingestellt, im Herbst 1979 aber ein zweites eingeleitet. Mitgliedschaft und Funktion als stellvertretender Kreisvorsitzender der DKP in Bayreuth seien bereits ein „Dienstvergehen“.

Erkenntnisse über Aktivitäten von Hertels Seite in der Schule liegen, gesteht die oberfränkische Regierung ein, nicht vor. Hertel, der im Personalrat des Landkreises Bayreuth ist, hat dazu betont, daß ein Bericht des Geheimdienstes über Mitgliedschaft in einer Organisation nicht als Entscheidungsgrundlage dafür dienen darf, ob die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Einstellung des betreffenden Bewerber

vorhanden sind oder nicht — so verlangt es das offiziell verkündete Prinzip der Einzelfallprüfung. Daß nun, in Bayern noch offener als anderswo, in Wirklichkeit die Berichte der Geheimdienste darüber entscheiden, ob jemand für die herrschende Klasse politisch tragbar ist oder nicht, zeigt auch die Weigerung der Behörden auf Hertels Verlangen hin Aussagen über seine Tätigkeit im außerschulischen Bereich aufzunehmen.

Auf dieser Grundlage hatte die GEW Bayreuth in einem Rundbrief ihre Mitglieder aufgerufen, Stellung zu nehmen gegen „das für eine freiheitliche Demokratie unwürdige Schauspiel der Zwangsmaßnahmen gegen politisch Andersdenkende“. Das Echo war eindeutig: Während die GEW Bayern, andere DGB-Organisationen und die IG-Metall-Vertrauensleute von Grundig/Bayreuth sich solidarisierten, kamen von den Behörden Drohungen. Funktio-

näre und Mitglieder der GEW wurden ebenfalls mit Disziplinarmaßnahmen bedroht. Ihnen wurde vorgeworfen, daß sie gegen die besondere Treuepflicht der Beamten dem Staat gegenüber durch „gehässige, agitatorische und aufhetzende Äußerungen“ verstößen hätten.

Weil solche Fälle in letzter Zeit mehrmals geschahen und dieses Mal besonders massiv, hat die GEW beschlossen, sich über ihren Bundesvorstand und internationale Lehrerorganisationen an das Internationale Arbeitsamt in Genf zu wenden, um die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte zu verhindern.

Wie beim Vorgehen gegen Gewerkschaftsfunktionäre zeigt sich die besonders reaktionäre Haltung der bayerischen Behörden auch an den ausgeübten Praktiken des Berufsverbotes gegen Mitglieder der SPD bzw. der SPD nahestehenden oder ehemals nahestehenden Organisationen, vor allem verschiedener früherer Mitglieder des SHB, was zweimal in Nürnberg geschah, wo die Übernahme als Beamte auf Probe abgelehnt wurde.

Alle die verschiedenen kosmetischen Korrekturen an den Berufsverböten, waren, die unsere Partei stets betont hat, nur scheinbare Zugeständnisse an die breite demokratische Bewegung gegen die Berufsverbote. Nicht nur, daß sich die Praxis der Berufsverbote in Wahrheit eher verschärft hat: diese bestehenden Regelungen decken auch die extrem reaktionäre Haltung solcher politischen Kräfte, wie sie in den bayerischen Behörden besonders stark vertreten sind. Deshalb gilt es, jetzt erst recht, die Forderung aus dem Aktionsprogramm der KPD zu erheben: **Weg mit den Berufsverböten! Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!**

Amtshilfe für Faschisten

## Berliner Polizei unterrichtet salvadorianische Delegation

BERLIN(WEST). — Eine Delegation aus El Salvador, die sich auf Einladung der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung in Westberlin aufhielt, kam dort in den „Genuß“ einer Unterweisung in Terrorbekämpfung durch westberliner Polizeiexperten.

Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Dietrich Masteit hin erklärte der Westberliner Senat, daß es nicht um „technische Hilfe“ gegangen sei, sondern nur um Information über die „Polizeiarbeit in einer Demokratie“. Es bestünde keine Gefahr, so die offiziellen Senatserklärung, daß diese Informationen „mißbräuchlich“ verwendet würden. Mißbräuchlich al-

lerdings bestimmt nicht: wer die Erklärungen der CDU kennt, deren offene Unterstützung für die faschistisch-christdemokratische Junta in El Salvador und die Erklärung der Bundesregierung, sie unterstütze die US-Politik in El Salvador, der kann sich leicht vorstellen, daß das Wort Mißbrauch bei der Unterweisung der Faschistendelegation fehl am Platz ist...

Mordfall Ulrich Schmücker

# Die Spuren führen zum Verfassungsschutz

Für den vergangenen Dienstag war vor dem Obergericht in Westberlin eine nicht alltägliche Verhandlung angesetzt. Es ging um eine Klage mehrerer Anwälte gegen das Land Berlin auf Erteilung von

Die Anwälte, von denen hier die Rede ist, vertreten Angeklagte im Schmücker-Prozeß, der inzwischen zwei Instanzen durchlaufen hat und für den gegenwärtig beim Bundesgerichtshof erneut Revision anhängig ist. Es hat sich im Verlaufe dieses Prozesses um die Ermordung des Anarchisten Ulrich Schmücker immer deutlicher herauskristallisiert, daß der Schlüssel zur Aufklärung des Mordfalles beim Verfassungsschutz liegt. Und deshalb kämpfen die Anwälte seit mehr als vier Jahren um Einsicht in die Akten des Geheimdienstes, um die Vorladung bestimmter Mitarbeiter des Verfassungsschutzes als Zeugen vor Gericht. Bislang allerdings ohne wirklichen Erfolg. Denn beim Verfassungsschutz wird nicht nur beharrlich geschwiegen, es werden auch Spuren verwischt, Fakten vertuscht.

Wenn in den vergangenen Jahren trotzdem zumindest ein Teil der Wahrheit über die Verwicklung des Geheimdienstes in den Mordfall Schmücker ans Licht der Öffentlichkeit kam, dann ist das weder den Ermittlungen der Polizei noch der Tätigkeit der mit diesem Fall befaßten Gerichte zu verdanken, sondern im wesentlichen der Untersuchungsarbeit von Journalisten und Anwälten.

## Mord im Grunewald

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1974 wurde Ulrich Schmücker im Berliner Grunewald erschossen. US-Soldaten, die von einer Übung kamen, fanden den Sterbenden und benachrichtigten die Polizei. Und hier beginnen schon die ersten Merkwürdigkeiten bei der Behandlung dieses Mordfalles. Angaben darüber lassen sich in dem Buch „Kennwort Hundert Blumen“ über den Schmücker-Mord finden, das der Fernsehjournalist Stefan Aust zu Beginn dieses Jahres veröffentlicht hat.

- Nach Angaben der amerikanischen Soldaten war noch vor Eintreffen der von ihnen benachrichtigten Polizei ein Mitarbeiter der „BILD“-Zeitung am Tatort und machte Aufnahmen.

- Bei Schmücker wurde ein handgeschriebener Brief gefunden, der in der Folgezeit spurlos verschwand.

- Eine Spurensicherung in der Wohnung des Ermordeten wurde entgegen der sonst bei der Kriminalpolizei üblichen Praxis nicht durchgeführt; damit wurde darauf verzichtet, durch Sichern von Fingerabdrücken usw. festzustellen, wer sich vor der Tat in der Wohnung Schmückers aufgehalten hatte.

Der Tote im Grunewald jedenfalls war für die Polizei kein Unbekannter. Ulrich Schmücker gehörte der terroristischen Gruppe „Bewegung 2. Juni“ an. Am 7. Mai 1972 war er mit drei anderen Angehörigen dieser Gruppe in Bad Neuenahr verhaftet worden. Die vier waren auf dem Weg nach Bonn, um eine Bombe in der türkischen Botschaft zu legen. Kaum war Schmücker in ein Koblenzer Gefängnis gebracht worden, meldete sich bei ihm ein Peter

Rühl, der sich bald als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zu erkennen gab.

## Agentenwerbung

Rühl machte dem gefangenen Anarchisten Versprechungen, die von Haftverschonung bis zur Finanzierung eines Auslandsstudiums durch seinen Geheimdienst gingen. Seine Bedingung: Schmücker sollte „auspacken“, aber wohlgeachtet nicht bei der ermittelnden Staatsanwaltschaft, sondern ausschließlich für den Verfassungsschutz. Darüber hinaus sollte sich Schmücker nach seiner Entlassung dem Geheimdienst als Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Der Anarchist ging auf die Bedingungen ein und machte umfangreiche Aussagen, wobei Rühl selbst diese Aussagen mit den „Erkenntnissen“ seines Dienstes auffüllte und oft ganze Passagen selbst formulierte. Der für Schmücker zuständige Oberstaatsanwalt Braun übrigens hatte an den illegalen Praktiken des Geheimdienstes nichts auszusagen. Er äußerte sich später so: „Dem Rühl ging es mehr dar-

Aussagegenehmigungen für Angehörige des Landesamtes für Verfassungsschutz vor Gericht. Der Termin platzte allerdings, die Verhandlung wurde vertagt.

Schmücker ging wieder nach Westberlin und nahm unter dem falschen Namen Bernd Laurisch erneut Kontakte zu terroristischen Kreisen auf.

## Rühl alias Grünhagen

Peter Rühl ist inzwischen enttarnt worden. Sein richtiger Name ist Michael Grünhagen; er arbeitet beim Landesamt für Verfassungsschutz in Westberlin. Unter seinem wirklichen Namen war er 1973 als Belastungszeuge im ersten Prozeß gegen Astrid Proll aufgetreten und hatte sie des Mordversuchs beschuldigt. Erst Jahre später, als Innenminister Baum den Fall der gerade aus Britannien zurückgekehrten Astrid Proll benutzen wollte, um den angeblich liberalen Charakter des Bonner Staates unter Beweis zu stellen, wurden zwei andere Zeugen präsentiert, die von dem Mordversuch nichts gesehen hatten. Beide Herren waren ebenfalls Angehörige des Verfassungsschutzes, ihre Anwesenheit am Tatort jedoch war all die Jahre über verschwiegen worden. Ein weiteres Beispiel

amtes Hessen, und es heißt darin, daß „ein Beamter namens Grünhagen vom Berliner LfV... über Jürgen Bodeux' Kontakte zum Verfassungsschutz Auskunft geben könnte.“ Jürgen Bodeux aber ist inzwischen als einer der Beteiligten am Schmücker-Mord rechtskräftig verurteilt worden. Unterstellt man das Schreiben des LKA Hessen als echt, dann hieße das, ein und derselbe Verfassungsschutzmann hätte sowohl den Ermordeten wie auch den Mörder für seinen Geheimdienst eingespant.

## Ein Provokateur taucht auf

Jürgen Bodeux hatte Anfang der siebziger Jahre eine hektische Aktivität als Provokateur im Köln/Bonner Raum entfaltet. Er drängte in verschiedenen spontaneistischen Grüppchen, zu denen er Kontakt hatte, auf militante Aktionen. Als ein Mitglied dieser Gruppen in den Verdacht geriet, einen anderen an die Polizei verpfeifen zu haben, machte Bodeux den Vorschlag, den angeblichen Verräter hinzurichten. In der Folge-



Verfassungsschützer Rühl alias Grünhagen

über diskutiert, daß der Verräter hinzurichten wäre. Tilgener arbeitete dazu einen Plan aus, setzte sich dann jedoch von der Gruppe ab.

Trotzdem wurde dieser Plan von den anderen weiterverfolgt, die treibende Kraft war jetzt offensichtlich Jürgen Bodeux, der den Wolfsburgern auch eine Waffe beschaffte, eine Armeepistole vom Typ Parabellum 08. Der Mordplan bestand darin, daß man Schmücker vortauschte, die „Bewegung 2. Juni“ wolle ihn rehabilitieren; er solle sich im irischen Befreiungskampf wieder bewähren, und zu diesem Zweck wolle man ihn mit einem Vertreter der IRA zusammenführen. Bei diesem Treff sollte der „Verräter“ dann erschossen werden. Die Wolfsburger Gruppe teilte Schmücker brieflich mit, er solle sich zur angeblichen Kontaktaufnahme mit der IRA in Köln einfinden; Schmücker erschien jedoch nicht zur angegebenen Zeit am vereinbarten Treffpunkt, sondern kontaktierte stattdessen den Westberliner Verfassungsschutz.

## Schmücker fühlt sich bedroht

Diese Tatsache zumindest hat der Präsident des Amtes, Franz Natusch, zugegeben. Über den Inhalt des Gespräches, das mit aller Wahrscheinlichkeit von Grünhagen geführt wurde, gab Natusch im Wesentlichen nur bekannt, Schmücker habe sich bedroht gefühlt und um eine Waffe zu seinem Schutz gebeten. In einem späteren Schreiben des Verfassungsschutzes heißt es dann über den nicht zustande gekommenen Treff in Köln: „Es liegt nahe, daß Schmücker auf diese Weise in das Bundesgebiet gelockt werden sollte, um dort die ‚Hinrichtung‘ an ihm zu vollziehen.“

Dem Verfassungsschutz war also durchaus bewußt, daß ein Mordkomplott gegen Ulrich Schmücker geplant wurde. Dennoch unternahm der Geheimdienst nicht den geringsten Versuch, dieses Komplott abzuwenden. Ebensovienig wurde ein Versuch unternommen, Schmücker — gegen den inzwischen ein Haftbefehl vorlag — bei seinen Kontakten mit dem Verfassungsschutz verhaften zu lassen (und sei es nur zu dessen Schutz). Stattdessen hat Grünhagen seinen Mitarbeiter offenbar ermutigt, auf das Komplott der Wolfsburger Gruppe einzugehen. Denn die nächste Verabredung, die Schmücker von seinen Mördern traf, hat er wahrgenommen. Es war der unter dem Kennwort „Hundert Blumen“ im Grunewald vereinbarte Treff, von dem Schmücker nicht mehr zurückkehrte. Wenige Monate später war

die gesamte Wolfsburger Gruppe in Haft. Dabei hatte es wieder eine Merkwürdigkeit gegeben. Ilse Jandt und Jürgen Bodeux hatten sich vor ihrer Verhaftung in Darmstadt aufgehalten. Sie saßen auf der Parkbank, als Bodeux zu einer nahen Telefonzelle ging, angeblich um seinen Vater anzurufen. Genau eine Viertel Stunde später tauchte just vor dieser Parkbank ein schwer bewaffneter MEK-Trupp auf und verhaftete die beiden.

## Ein Prozeß wird zur Farce

Am 6. Februar 1976 begann der erste Schmücker-Prozeß. Das Gericht stützte sich ausschließlich auf die Aussagen zweier an dem Komplott Beteiligten: Götz Tilgener und Jürgen Bodeux. Tilgener war zwar schon vor dem Prozeß gestorben; als Todesursache wurde Herzversagen infolge von übermäßigem Alkohol- und Drogenkonsum angegeben, ob dabei Selbstmordabsichten oder Fremdverschulden im Spiel waren, blieb ungeklärt. Zudem hatte sich Tilgener vor der Tat abgesetzt und über den Mord selbst auch nichts aussagen können. Blicke also letztlich nur noch das „Gesandnis“ des Jürgen Bodeux, das dann vor Gericht zur Grundlage des Prozesses gemacht wurde. Bodeux hatte zwar zugegeben, gemeinsam mit Ilse Jandt den Treffpunkt im Grunewald ausgekundschaftet zu haben, in der Mordnacht selbst aber will er in Wolfsburg gewesen sein. Den tödlichen Schuß hätte — so Bodeux — Wolfgang Weißlau abgegeben.

Der Prozeß geriet vollends zur Farce. Jeder Versuch der Verteidiger, die Glaubwürdigkeit des „Kronzeugen“ Bodeux zu erschüttern, die Unwahrheiten und Widersprüche in seinen Aussagen aufzudecken, wurde vom Gericht in einer wohl auch für solche Prozesse einmaligen Art abgeblockt. Insgesamt wurden nicht weniger als 148 Fragen der Verteidigung an Bodeux nicht zugelassen. Zudem hatte der damalige Innenminister von Westberlin, Neubauer, erklärt, für den Prozeß würden keine Akten des Verfassungsschutzes zur Verfügung gestellt und keine Aussagegenehmigungen für Mitglieder des Geheimdienstes erteilt. (Später versuchte der gleiche Neubauer höchstpersönlich, die Sendung eines „Panorama“-Beitrages über den Schmücker-Mord zu verhindern — allerdings vergeblich).

Im nächsten RM: Kontakt mit dem Verfassungsschutz in der Mordnacht/„Spurenakte 74“/Bodeux: Informant des Verfassungsschutzes.



Ermordeter Anarchist Schmücker

um, die Sache justizmäßig nicht zu dick werden zu lassen, weil er mit dem Schmücker noch was anfangen wollte.“ Ein klares Eingeständnis der Tatsache, daß nicht die angeblich unabhängige Justiz, sondern in Wahrheit die Staatsschutzorgane je nach ihrem Interesse das Strafmaß in solchen Fällen festlegen. Und für Schmücker wurde es denn auch „nicht zu dick“. Obwohl er durch einen Mittäter erheblich belastet wurde, war er im Februar 1973 schon wieder auf freiem Fuß. Und es dauerte nicht lange, bis sich Rühl wieder bei ihm meldete. Für den Fall der Verweigerung einer Zusammenarbeit drohte er an: „Wenn Du nicht für uns arbeitest, dann mußt Du in den Knast zurück.“

dafür, wie politische Prozesse von den Geheimdiensten und ihren Dienstherren im Bonner Innenministerium manipuliert werden.

Grünhagens hauptsächliche Tätigkeit jedoch bestand nicht im Fabrizieren von offenkundig falschen Aussagen bei Terroristenprozessen. Sein Arbeitsfeld waren die Gefängnisse, wo er inhaftierte Terroristen umzu-drehen und sie als Mitarbeiter für den Verfassungsschutz zu werben versuchte. So wie er es bei Ulrich Schmücker getan hatte. Und Stefan Aust veröffentlicht in seinem erwähnten Buch ein internes Polizeidokument, das über solche Verbindungen des Rühl/Grünhagen Aufschluß gibt. Es ist ein Schreiben des Landeskriminal-

zeit jedoch verdichtete sich bei Bodeux' damaligen Freunden immer mehr der Verdacht, daß dieser selbst ein Spitzel der Staatsschutzorgane wäre.

1974 tauchte Bodeux in Wolfsburg auf und nahm Kontakt zu einer terroristischen Gruppe um Ilse Jandt auf. Diese Gruppe stand mit dem Westberliner Götz Tilgener in Verbindung, einem Bekannten von Schmücker. Inzwischen war in Westberlin, wo Schmücker unter dem Namen Bernd Laurisch lebte, dessen wahre Identität bekannt geworden. Tilgener und die Wolfsburger Gruppe hatten Kenntnis von den umfangreichen Aussagen Schmückers gegenüber Rühl/Grünhagen erhalten, und in der Gruppe wurde immer konkreter dar-

Burhan Kukeli

# Ein Arzt erzählt

Ich stand am offenen Fenster und blickte auf das Meer. Die Sonne versank am Horizont, und die drückende Hitze des Tages ließ nach. Von Osten wehte eine frische Brise. Ein Möwenpaar jagte sich in den Lüften. Eine Gruppe Kinder badete lärmend im Meer. Ich hatte eine lange und ermüdende Fahrt hinter mir, dennoch verspürte ich nicht das Verlangen, mich auszuruhen, vielleicht weil die Eindrücke des Tages mein Herz und mein Hirn nicht zur Ruhe kommen ließen. Ich war in Gedanken versunken, als es an der Tür klopfte. Mein alter Freund Loni Bardhi, Arzt im Ruhestand, trat ein. Er hat ein hageres Gesicht und große blaue Augen, die gutmütig blickten. Er trug ein weißes Hemd, das seine schmale Brust erkennen ließ. Freundlich wie immer reichte er mir die Hand. Seine schmalen, langen Finger wirkten zerbrechlich in meiner großen Hand. Er ließ sich auf einen Stuhl nieder und streckte die Beine aus, um es sich bequem zu machen. Das Lächeln um seinen Mund und sein Blick schienen zu sagen: „Ich bin nun einmal so, nimm es mir nicht übel!“

Ich blickte in sein längliches, blasses Gesicht und fragte mich erneut: „Was ist er für ein Mensch?“ Ich weiß nicht warum, aber er flößte mir immer einen seltsamen Respekt ein. Ich hatte ihm dieses Gefühl niemals gezeigt. Er erkundigte sich nach meiner Gesundheit, meiner Arbeit. Ich antwortete, daß es mir gut ginge und auch mit der Arbeit alles in Ordnung sei. „Morgen fahre ich nach Vurg“, hatte ich abschließend gesagt. Er senkte den Kopf und feine Falten durchzogen seine Stirn, die sich hin und wieder glätteten und ganz verschwanden. Er stand auf und trat ans Fenster. Neugier packte mich, ich wollte wissen, was er dachte. Durch das Fenster drang der Straßenlärm herein, und mein Gast betrachtete aufmerksam die Menschen und das Meer. Es dämmerte. Nach einer Weile drehte er sich zu mir um und sagte unerwartet:

„Ist es dir schon einmal passiert, gleichzeitig zu lieben und zu hassen?“

Die Frage kam überraschend, daß ich nur ganz erstaunt die Achseln zuckte, da ich nicht wußte, was ich antworten sollte.

„Du fährst morgen nach Vurg. Du wirst den Lastwagen beladen. Dann wirst du mit den Leuten zusammensitzen, dich an der Schönheit jener Ebenen erfreuen und eine derartige Wonne verspüren, als liebkosten dich zärtlich zwei Frauenhände, und du wirst sagen: Schön, ach wie schön! Du wirst sehen, dein Herz wird jubeln. Wie einfach kommt einem das heute vor, nach den vielen Jahren. Tja! Damals war es nicht wie heute. Wir trugen noch die Partisanenkleidung. Wir kamen mit einer Verbandstasche an, der Gewehr war noch heiß. Der Krieg war aus, und das Leben würde wieder seinen ruhigen Gang gehen — so schien es uns. Der Kampf war aber noch nicht zu Ende. Eines Abends nach der Parteiversammlung bat mich unser Kom-

missar, noch etwas zu bleiben. Er wollte irgendetwas mit mir besprechen. Wir waren alte Freunde und beinahe im gleichen Alter. Wir unterhielten uns lange, bis zum Morgenrauen.

„Die Volksmacht hat den Bauern das Land gegeben!“ sagte er. „Auch wir sind jetzt reich.“ Unser Kommissar lachte. Dann zog er die Brauen zusammen. Ich erinnere mich noch, wie ein Feuer in seinen klugen Augen leuchtete.

„Was sagst du, Doktor! Der Bey und der Pfaffe unterdrückten den Bauern. Ein krankes Leben war das. Was sagst du, werden wir jetzt auch das Leben heilen?“, fragte er, ohne eine Antwort zu erwarten, so dahin. Ich verstand aber sofort, was dahinter steckte. Arbeit, Mühe, schlaflose Nächte. Der Kommissar stand dann auf und ging nachdenklich im Zimmer auf und ab, die Hände auf dem Rücken verschränkt. „Welch ein Mann!“, dachte ich voll Bewunderung. Seine kräftige Gestalt und sein starker Blick strömten eine unwiderstehliche Macht aus. Wir aßen zusammen Maisbrot und Bohnen. Wir hatten uns einander noch nie so nahe gefühlt wie an jenem Abend. Wir umarmten uns wie damals als Partisanen.

„Gewiß, Kommissar! Wir werden das Leben heilen“ sagte ich.

Ich spürte eine nicht zu beschreibende Kraft in mir. Ich brach auf und legte den Weg, teils mit den Klapperkasten, die wir im Krieg erbeutet hatten, teils zu Fuß zurück. Ich hatte es eilig. Ein Gedanke verfolgte mich ständig: So bald wie möglich das Ziel erreichen. Oft hatten die alten Kisten eine Panne, da mußte ich zu Fuß weiter. Ich übernachtete bei Hirten am Lagerfeuer oder bei Straßenarbeitern am Straßenrand. Nach drei Tagen kam ich in Vurg an. Weshalb soll ich ein Hehl daraus machen; die Fußsohlen taten mir weh! Es war Herbst. Schwarze Wolkenketten trieben am Himmel in Richtung Westen. Vom Gjashta-Pass aus sah ich die vom Sumpf bedeckte Ebene. An dem mit Unkraut bewachsenen Hügel schlängelten sich von Menschen und Tieren ausgetretene Pfade hoch. Trauerweiden verliehen mit ihren über dem Wasser hängenden Ästen der Landschaft eine düstere Note.

Was ich einige Wochen später dort sah, hatte mich tief in der Seele erschüttert. Durch starke Regenfälle war die Bistrica über die Ufer getreten. Das Hochwasser hatte die Katzen überflutet und eine Schicht grünen Schimmels zurückgelassen, durch die winkligen Gassen wälzte sich ein schmutziger Schlamm. Nur die auf einem Hügel stehende Dorfkirche war verschont geblieben. Der schwermütige Klang der Glocken, ihr düsteres Geräusch erinnerte an die untergegangene alte Welt. Überall jedoch spürte man das neue Leben aufsprießen, man spürte es auf Schritt und Tritt, wenn man genau hinsah. Vor mir breitete sich die Größe der Arbeit aus. Überall wurden Fundamente ausgehoben, überall sah man Steinhäufen, Pfosten, Schubkarren. Die

Zeitungen berichteten von Freiwilligen, die die ersten Eisenbahnen bauten. Doch über allen und allem lag die Freude des neuen, wiedergeborenen Menschen, des Menschen, von dem wir so oft in den Nächten als Partisanen geträumt hatten.

Nein! Nein! Ich war nicht einfach Arzt! Die Aufgabe, Menschenleben zu retten, gehörte mit dem Kampf zusammen. Dieser Kampf forderte den ganzen Menschen, in ihm muß man sich mit vollem Bewußtsein einsetzen und nicht nur oberflächlich. Mir brach das Herz, wenn ich die gelben Gesichter der Kinder sah, ihre durch das Malariafieber geweiteten Augen. Sie hatten alle großes Vertrauen zu mir, sie lächelten scheu, als wären sie an ihrem Elend schuld. In jenen Augenblicken prallten in meinem Inneren zwei entgegengesetzte Gefühle aufeinander: Liebe und Haß. Ich fand in den Nächten keinen Schlaf. Die Ereignisse des Tages ließen mich nicht los: ich sah sie immer wieder vor mir, die Kinder mit den aufgedunsenen Bäuchen, den dünnen Beinen, schmutzig, barfuß. Vor Haß konnte ich kein Auge zutun. Die Liebe zu den Menschen hatte den Schlaf verschluckt.

He, Loni Bardhi! Du arbeitest viel zu wenig!, tadelte ich mich. Die Partei hat mich etwas gelehrt, das die Grenzen des Alltäglichen überstieg. Die Klinik, wo ich arbeitete, war in einem einstigen Herrenhaus eingerichtet. Einmal rief man mich ans Lager eines kranken Mädchens. Ich folgte dem Bauern. Er war ein großer, hagerer Mann, der stark gebückt ging. Wir liefen schweigend nebeneinander. Er hustete ein paar mal und murmelte etwas vor sich hin. Die Abenddämmerung fiel herein; wir konnten deutlich verfolgen, wie das Licht allmählich der Dunkelheit wich. Nach einem Stück Weg kamen wir am Haus des Bauern an. Die Hausbewohner empfingen mich schweigend, in ihren Gesichtern aber stand die Hoffnung... Ich ging zu der Kranken. Ich legte die Hand auf ihre glühende Stirn. Vater und Mutter saßen neben ihr. Ihr kleines Herz schlug schnell, und sie legte die Hände auf die Brust. Tage voller Verzweiflung machte ich durch. Vor mir hatte ich ein vierzehnjähriges Mädchen, ein Kind noch, vom Fieber gepeinigt und abgezehrt. Im Zwielicht der Ölfunkel fiel mein Blick auf die Beine der Menschen. Ich sah Beine in von Blut und Eiter befleckte Lumpen gewickelt, kranke Beine, verkrüppelt, geschwollen, zerfetzt, zerstört und zerschunden durch den Sumpf. Alle Bewegungen führten sie schweigend, bedacht aus. Und ich zitterte und bebte vor Haß auf die, die diesen Menschen bis gestern so viel Leid zugefügt hatten. Das brachte mir das Blut in Wallung. Auch ein Kämpfer hat manchmal die Seele eines Kindes. Auch ihn verlangt es manchmal danach, wie Kinder lieblost und gestreichelt zu werden. So ging es auch mir. Ich freute mich, ich war glücklich, ich lachte und sang, wenn ich sah, wie das zarte blonde

Ding mit den blauen Augen täglich besser aussah. Abends saß ich auf einer Bank vor dem Haus und hing meinen Gedanken nach. Die Landschaft lag still, in Mondlicht getaucht. Leise raschelten die Blätter im Wind. In solchen Nächten fühlte ich mich glücklich. Ich hatte mich verliebt: in die Menschen, denen die Volksmacht Land gegeben hatte, in ihre Kinder, in ihr Leben. Ich hatte mich mit den einfachen Häusern und den gepflasterten Gassen angefreundet. Nichts galt für mich, nur ihr Glück. Vorbeigehende Fremde grüßten mich. Ich tauschte mit ihnen Zigaretten und vergaß alles im Gespräch mit ihnen. Und immer wehte ein leichter Wind.“

Einen Augenblick lang schwieg Loni Bardhi. Wir hatten vergessen, das Licht anzumachen, und im Finstern glimmten die zwei roten Punkte unserer Zigaretten. Leise, wie ein Geflüster, drang der frische Abendwind herein. Ich saß fasziniert bei Loni. Atemlos folgte ich seiner Erzählung und wagte nicht, ihn zu unterbrechen. In Saranda funkelten die Neonlichter, im Hafen brodelte die Arbeit, und das Meer plätscherte leise ans Ufer. Ich versuchte, mir das Vurg jener Jahre vorzustellen, eine magische Kraft schlug mich in ihren Bann. Das heutige Vurg mit seinen freien Menschen, seinen Schulen und Kulturhäusern — und ich dachte an Loni Bardhi und seine Genossen, an ihre große Arbeit und ihre große Seele. All das sagte ich meinem Freund. Er lächelte mir zu und sagte leise:

„Jeder Mensch baut sich sein eigenes Leben auf. Und er ist vor den anderen und seinem Gewissen verantwortlich. Die Zeit tut das Ihrige. Die Menschen kommen auf die Welt, heiraten, sterben und lassen eine neue Generation zurück. Darum geht es; mit welcher Leidenschaft arbeitet der Künstler an seinem Werk und wie freut er sich, wenn aus seiner Hand etwas Vollkommenes hervorgeht. Die Kinder von damals stehen heute in allen Teilen Albaniens ihren Mann. Ist das nicht auch ein Meisterwerk? Gestern abend sah ich im Fernsehen ein Kinderkonzert; Tränen traten mir in die Augen. Ein inneres Feuer brannte in mir; ich sang mit, wenn auch falsch. Ich hatte nie ein Gehör für Musik und auch keine gute Stimme, trotzdem... Ich entsinne mich noch, wie ich einmal fast im Sumpf ertrunken wäre, nachdem ich ein krankes Kind besucht hatte. Ich werde das nie vergessen. Es war stockfinster, der Himmel war ganz bedeckt. Frösche quakten. Schlamm und Rohrdickicht, wo nur mit Mühe durchzukommen war. An jenem Abend verirrt ich mich. Die Leute des Hauses, wo ich das Kind untersucht hatte, hatten mich zwar gebeten, bei ihnen zu übernachten, einer bot sich sogar an, mich zu begleiten.“

„Aber nein“, sagte ich. „Das ist nicht nötig, ich habe es doch nicht so weit. Und ich brach auf. Ganz schwarz war der Himmel. Die Berge ringsherum waren in Nebel gehüllt, und ein warmer Wind machte einen wie

trunken. Ich verlor die Orientierung, und ehe ich mich versah, war ich in den Sumpf geraten. Fast bis zu den Knien im Morast versinkend, watete ich schon eine ganze Weile. Ich merkte nicht, daß mich der Sumpf immer mehr hinabzog. Ich hatte nur das Gefühl, als zerrten unsichtbare Hände an meinen Kleidern. Ich blickte um mich. Nichts war zu hören, außer dem kreischenden Chor der Frösche. Wer weiß, wieviele Mücken aus diesem Sumpf kamen, um den Menschen das Blut auszusaugen und die Malaria zu übertragen. In jener Nacht habe ich ihre grausamen Stiche im Gesicht gespürt. Wie glühende Nadeln bohrten sie ihre langen Rüssel ins Fleisch. Ich spürte, daß auch die Blutegel über mich hergefallen waren. Ich wollte nicht nachgeben. Zuerst versuchte ich es mit Humor, dann begann ich zu singen. Das Wasser reichte mir schon bis über die Hüfte. Um zwei Dinge sorgte ich mich in jenen Augenblicken: Das Parteibuch und die Verbandstasche mit den vielen Medikamenten. Ich hatte Angst, daß sie naß würden. Ich nahm beides und legte es auf den Kopf. Am ganzen Leibe verspürte ich eine unheimliche Kälte. Wie ein dunkler Hintergrund lag die grenzenlose Weite vor mir. In jenen Augenblicken kamen mir allerdahin Bilder in den Sinn. Ich ging und träumte. Von einem Krankenhaus mit Pflegepersonal. Von einem Betrieb für die Trockenlegung des Sumpfes. Von Einweihungsbändern, von roten Fahnen und Jubel. Dann ich, Loni Bardhi, inmitten von Kindern, von Menschen, die mir ihr Lächeln und ihre Güte und Sonne spendeten. Eine große, warme glänzende Sonne, die ihre Flügel ausbreitete, um uns alle darunter zu nehmen. Ich sah neue, heitere Dörfer, die wie weiße Kästchen aussahen, und ich verspürte keine Einsamkeit. Diese Träumereien waren in jenen Augenblicken ein großer Schatz. Ich dachte auch an meine Mutter, die fern war. Sie hatte so erwartet, daß ich vom Krieg zurückkäme, daß ich heiratete und daß die Wohnung vom Gelärme der Enkel-

kinder erfüllt würde.

„Aber ja, Mutter“, hatte ich gesagt, „wir müssen nur noch die angefangene Arbeit beenden.“ Da verschwanden ihre Falten, und ihre Gesicht strahlte in einem besonderen Licht, ihre alten Augen lachten, ihre runzeligen Hände streichelten meine Haare, und ich küßte diese Hände voller Liebe und Sehnsucht. Ich war nicht sehr weit vom Ufer, ich hatte aber die Richtung verloren. Ich zitterte am ganzen Körper, meine Zehen waren wie abgestorben. Irgendwo sah ich Lichter. Ich begann sie zu zählen. Eins, zwei, drei, vier. Sie wurden mehr und eilten beinahe auf mich zu. Ich hörte Stimmen.

„Hallooo, Doktor! Wo bist du?“ Die langgezogene Stimme prallte wie ein Echo auf mein Ohr...

„Hier bin ich, hiiiiier!“ schrie ich.

Kurz darauf kamen drei, vier Lichter auf mich zu. Kräftige Männerhände packten mich und zogen mich in ein Boot. Ich war erschöpft. Mein Gesicht brannte von den Mückenstichen.

„Aber Doktor! Was machst du für Sachen!“

Am nächsten Tag hatten sich die Wolken verzogen. am blauen Himmel sah man nur hie und da ein weißes, fast unbewegliches Wölkchen, das sich allmählich auflöste und verschwand. Von der feuchten Erde und dem Sumpf stieg ein feiner Dunst auf, der im Sonnenlicht zu flimmern schien. Die stahlblaue Bistrica schlängelte sich in ihrem Lauf zum Meer. Mein Herz lachte, und ich weiß nicht, warum mir unser Kommissar einfiel, als er mich fragte: „Was sagst du Doktor, werden wir auch das Leben heilen?“

Ich habe ein Mädchen aus Vurg geheiratet und wurde ein ständiger Einwohner dieser Gegend“, beendete mein Gast seine Erzählung. Ein kurzes Schweigen folgte. Ich stand auf und knipste das Licht an. Er wünschte mir noch eine gute Nacht und ging. Ich blieb tief beeindruckt zurück. Seine Erzählung werde ich nicht so leicht vergessen.

## Veranstaltung der KPD

Die Antikriegstagsveranstaltung findet nicht wie angekündigt in Frankfurt statt, sondern in **Darmstadt-Arheilgen**, am 30. 8. um 15 Uhr im Weißen Schwan, Frankfurter Landstraße.

## Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:  
Abonnement ab Nr. ....

- ☐ für 1 Jahr  
☐ für 1/2 Jahr  
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

## Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....  
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**



1. Mai 1980 in Hamburg

Pershing II, Cruise missiles

# Carters Atomwaffen für den Erstschat

Mit der „Direktive Nr. 59“ unterzeichnete der amerikanische Präsident Carter eine neue Militärdoktrin für den Atomkrieg. Danach sollen sich „atomare Gegenschläge“ künftig nicht mehr gegen Städte, sondern gegen Militäreinrichtungen auf dem Boden der Sowjetunion richten. Was nach dem ersten Eindruck vielleicht wie eine „Humanisierung“ des Atomkrieges erscheinen mag, entpuppt sich bei

Die Grundlage dieser neuen Strategie bilden die Entwicklung von Waffen mit extremer Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft sowie der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO. Mit diesem Beschluß, zu dessen Einpeitschern die Schmidt, Apel und Co. gehörten, haben sich die amerikanischen Imperialisten von ihren NATO-Partnern die Zustimmung geben lassen, daß die besagten neuen Atomwaffen in Westeuropa, vor allem auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert werden. Das bedeutet aber: Washington bereitet nicht nur den atomaren Erstschat gegen die Sowjetunion vor. Dieser Schlag soll von Mitteleuropa aus erfolgen. Und weil natürlich niemals das gesamte sowjetische Raketenpotential auf einen Schlag vernichtet werden könnte, würden die Atombasen in unserem Land unweigerlich zum Ziel sowjetischer Raketenangriffe. Die Folgen kann sich jeder ausmalen, der sich die verheerende Zerstörungskraft der modernen Atomwaffen vor Augen führt.

Und es sind keineswegs nur wir Kommunisten, die vor den lebensgefährlichen Atomkriegsplanen der amerikanischen Supermacht warnen. Selbst im bürgerlichen Lager waren in den letzten Wochen unüberhörbar warnende Stimmen zu vernehmen. So erklärte etwa Paul Warnke, der ehemalige amerikanische Unterhändler bei den SALT-Verhandlungen, in der vergangenen Woche vor dem Parteitag der „Demokratischen Partei“ in New York, Carters neue Strategie „erhöhe die Gefahr eines Atomkrieges“, weil die neuen Atomraketen „der USA die Möglichkeit geben würden, sowjetischen Atomsilos in einem Erstschat auszu-schalten.“ Und in der Bundesrepublik sagte der Generalmajor a.D. Bastian, „daß die ständige Verfeinerung der nuklearen Waffensysteme, wie sie sich auch in der Neutronenwaffe niederschlägt, ein Bewußtsein bilden kann, daß der Atomkrieg nicht mehr für vollkommen undenkbar, sondern für begrenzt führbar, ja gewinnbar im Sinne traditioneller Kriegsvorstellung hält. Diese Fehleinschätzung könnte für die Welt und ganz besonders die Mitteleuropäer einmal verheerende Folgen haben.“

General Bastian ist wegen seiner Kritik an dem oben erwähnten NATO-Beschluß von Kriegsminister Apel gefeuert worden. In der Bundeswehr ist kein Platz für Offiziere, die nicht bedingungslos Ja zum Carterschen Atomkriegskurs sagen. Und nach wie vor hält die Bundesregierung ohne Einschränkung an der Stationierung der neuen Atomraketen in unserem Land fest. Im folgenden wollen wir Wirkung und Funktionsweise der beiden Systeme, um die es hier geht, untersuchen.

## Pershing-II-Raketen

Bei diesem Waffensystem handelt es sich um eine Weiterentwicklung der Atomraketen vom Typ Pershing I, die jetzt schon in der Bundesrepublik stationiert sind. Der neue Typ, der bis zum Herbst 1983 zur Serienreife entwickelt und dann sofort in unserem Land stationiert werden soll, kann in zwei Versionen gebaut werden.

- Die erste Version ist mit nur einem Atomsprengkopf ausgestattet und hat eine Reichweite von 1 800 Kilometern. Ihre besondere Eigenschaft ist die extrem hohe Treffgenauigkeit. Die Abweichung vom geplanten Ziel beträgt nur 20 bis 40 Meter.
- Die zweite Version ist mit einem Mehrfachsprengkopf ausgerüstet, das heißt, sie verfügt über drei einzeln steuerbare Gefechtsköpfe. Deren Reichweite beträgt 2 500 Kilometer, allerdings ist die Treffgenauigkeit nicht so hoch wie bei der ersten Version.

Diese zweite Version könnte also gewaltige Flächen, beispielsweise ganze Städte vernichten und atomar verseuchen, während die erste Version ganz im Sinne der neuen Carterschen Doktrin gezielt gegen Raketen-silos eingesetzt werden kann. Nach Angaben des Herstellers, der „Martin Marietta Aerospace“, wird dafür ein sogenannter „Earth Penetrator Warhead“, also ein erddurchdringender Sprengkopf entwickelt. Mit doppelter Schallgeschwindigkeit dringt ein solcher atomarer Gefechtskopf in die Erde ein und detoniert tief im Erdinneren. So sollen die unterirdischen Raketenbunker der Sowjetunion vernichtet werden.

Gerade die Entwicklung dieses Waffentyps wirft aber ein bezeichnendes Licht auf die

genauerer Betrachtung als das genaue Gegenteil: Die „Direktive Nr. 59“ besagt nichts anderes, als daß die amerikanischen Imperialisten heute die Möglichkeit sehen, mit einem atomaren Erstschat die militärischen Einrichtungen ihrer Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft zu vernichten und so einen Atomkrieg mit kalkulierbarem Risiko zu führen.

wirklichen Pläne des Pentagon. In den offiziellen Verlautbarungen, auch in Carters neuer Doktrin, ist ja stets nur von einem amerikanischen „Gegenschlag“ die Rede, also nur von einer Reaktion auf einen sowjetischen Angriff. Aber wenn man wirklich davon ausgehen würde, daß man selbst ausschließlich einen Gegenschlag führen will, warum werden dann Waffensysteme entwickelt, die gebunkerte sowjetische Raketen zerstören sollen? Denn bei einem Erstschat Moskaus wären diese Bunker ja leer, die sowjetischen Raketen wären im Anflug auf die USA.

## Cruise missiles

Diese Waffe ist eine Weiterentwicklung der von den Hitler-Faschisten konstruierten V 1. Die Cruise missiles sind unbemannte Marschflugkörper, die sich sowohl vom Boden, wie auch von Kampfflugzeugen oder Kriegsschiffen aus in Gang setzen lassen. Sie sollen bis 1987 einsatzbereit sein und ebenso wie die Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden. Zehn fahrbare Werfer werden dann in unserem Land für den Einsatz von insgesamt 160 Cruise missiles bereitstehen.

Gerade die Entwicklung der Marschflugkörper hat im Pentagon die höchste Euphorie ausgelöst. So sagte der frühere Forschungsdirektor im amerikanischen Kriegsministerium: „Die Erfindung der Cruise missiles ist vielleicht die wichtigste Waffenentwicklung der siebziger Jahre.“ Entsprechend gewaltig sind dann auch die Aufträge des Pentagon an den Rüstungskonzern Boeing gewesen. Insgesamt 3 400 Cruise missiles sollen allein für die Bombenschächte der amerikanischen Langstreckenbomber gebaut werden. Und jeder dieser Marschflugkörper trägt einen Atomsprengkopf vom zehnfachen Hiroshima-Kaliber; das entspricht einer Menge von 200 000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs.

Die Begeisterung der Atomkriegsgeneräle im Pentagon für diese neue Waffe läßt sich aus deren Eigenschaften erklären. Die Cruise missiles erreichen, mit Düsenmotoren ausgestattet, zwar nur eine Geschwindigkeit von 1 000 Kilometern in der Stunde. Sie sind also wesentlich langsamer als Raketen und sie wären normalerweise auch eine leichte Beute der gegnerischen

Abwehr. Dennoch erklärte etwa das Fachblatt „Interavia“ bündig: „Gegen Marschflugkörper kann sich die Fliegerabwehr heute nicht verteidigen.“ Die Cruise missiles sind nämlich auf extremen Tiefflug programmiert. Über einer Wasserfläche steuern sie ihr Ziel in nur 10 Meter Höhe an, über flachem Land in 30 Meter Höhe. Damit aber sind sie für das Radar nicht mehr erfassbar. Und selbst wenn sie erfaßt würden, gäben sie auf dem Schirm nur ein ganz schwaches Radar-Echo, daß von dem eines Vogels nicht zu unterscheiden wäre.

Hinzu kommt eine Zielgenauigkeit, die noch weit über der von Pershing-II-Raketen liegt. Das Pentagon hat inzwischen durch Satelliten-Spionage die genauen Höhendaten von 40 000 möglichen Angriffszielen in der Sowjetunion festgestellt. Die Daten sind in die Cruise missiles eingespeichert, und die Computer der Marschflugkörper können danach den Kurs korrigieren und das gewünschte Ziel genau ansteuern. Dieses Lenkverfahren ist präzise genug, wie die „New York Times“ schrieb, um „einen Marschflugkörper durch die Pfosten eines Fußballtores hindurchzusteuern.“

Es liegt auf der Hand, welche Ziele die Pentagon-Strategen mit solcher Präzision zerstören wollen. Die „Wehrtechnik“, das Organ der westdeutschen Rüstungsindustrie, sagte dazu mit unverhüllter Offenheit: „Typische Ziele für Marschflugkörper sind ICBM-Silos.“ Gemeint sind die Bunker der sowjetischen Interkontinentalraketen. Und nach den Rechnungen des Pentagon würden allein die von Langstreckenbomben transportierten Cruise missiles ausreichen, um die gesamte Raketenstreitmacht Moskaus zu zerstören.

So bereiten also im Auftrag der Wall-Street-Bosse die amerikanischen Atomkriegsplaner ihren Erstschat vor, den sie vom Boden unseres Landes aus führen wollen. Angesichts dieser bedrohlichen Pläne genügt es natürlich nicht, nur ihre Absichten zu entlarven. Es muß vielmehr ein nachdrücklicher Kampf gegen die Kriegsbrandstifter geführt, eine breite Friedensbewegung entwickelt werden. Der Friedensplan unserer Partei zeigt den Weg dazu.

## Veranstaltungen der KPD zum Antikriegstag

Mitglieder des Politbüros der KPD sprechen zum Friedensplan unserer Partei.

**BIELEFELD:** 28. August, 19.30 Uhr, „Eggetal“, Arthur-Ladebeck-Str., Redner: Ernst Aust

**BOCHUM:** 27. August, 20 Uhr, Gaststätte „Oma Hölscher“, Wattenscheid, Bochumer Str. 110, Redner: Ernst Aust

**BREMEN:** 29. August, 20 Uhr, Gaststätte „Kuhhirte“, Kuhirtenweg Ecke Deichstraße, Redner: Ernst Aust

**DARMSTADT:** 30. August, 15 Uhr, Gaststätte „Weißer Schwan“, Darmstadt-Arheilgen, Frankfurter Landstr., Redner: Horst-Dieter Koch

**DORTMUND:** 3. September, 20 Uhr, Haus Goebeln, Schützenstr., Redner: Horst-Dieter Koch

**HAMBURG:** 30. August, 16 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee, Redner: Ernst Aust. Es treten auf: Elbe 1, Blinkfüer, Ratte & Schweißfliege.

**KIEL:** 30. August, 19.30 Uhr, Gaststätte „Weidmanns Ruh“, Eckernförder Str., Rednerin: Karin Wagner

**KÖLN:** 29. August, 19 Uhr, Gaststätte „Mathildenhof“, Mathildenstraße, Köln-Deutz, Redner Horst-Dieter Koch. Es tritt auf: Die Gruppe „Zeitänder“ aus Düsseldorf.

## Friedensplan der KPD

Unsere Partei hat in diesem Juli den Regierungen beider deutscher Staaten und dem Senat von Westberlin einen Friedensplan unterbreitet, sie hat zugleich die werktätigen Massen zum Kampf für die Verwirklichung dieses Plans aufgerufen. Von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird darin gefordert, unter anderem die folgenden Maßnahmen zu beschließen:

1. Den Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden.
2. Den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und EG.
3. Die Kündigung aller diesbezüglichen, bzw. die Souveränität der Bundesrepublik einschränkenden Verträge (Pariser Vertrag, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG etc.)
4. Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland.
5. Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden.
6. Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung.
7. Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland.
8. Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.

Mord und Terror sind dort Alltag

# Revolutionärer Sturm in Mittelamerika

Zum vierten Mal erheben sich die Völker gegen die Herrschaft der USA

Bis vor zwei Jahren hörte und las man in den bürgerlichen Medien aus Mittelamerika nur von etwaigen Putschen oder Naturkatastrophen. Das war dann die Zeit der Krokodilstränen in den Zeitungen derselben Leute, die für das Elend der dortigen Bevölkerung verantwortlich sind. Dies begann sich zu ändern mit den Generalstreiks in El Salvador vom Februar 1977, in Nicaragua vom Februar 1978 und in Guatemala vom Oktober 1978. Erst recht änderte sich dies mit dem kolossalen Aufschwung des Kampfes in Nicaragua und

„Vereinigte Mördergesellschaft“ so nannten die Bauern und Landarbeiter in den 30er Jahren die berühmte „United Fruit Company“, die die gesamte Landwirtschaft dieses Raums unbeschränkt beherrschte.

In diktatorischen Verträgen setzte diese Gesellschaft, über die damals die so vornehmen Herren des Bostoner Finanzkapitals befahligen, durch, daß immer mehr Anbaufläche für Kaffee und Bananen benutzt wurde, während andere, traditionell ebenfalls stark angepflanzte Produkte, wie etwa Mais, eines der Hauptnahrungsmittel der indianischen Bevölkerung, immer weniger produziert wurde.

In den 30er Jahren lastete diese größte Nahrungsmittel-Aktiengesellschaft der damaligen Zeit die Folgen des Preissturzes für Kaffee und Bananen voll diesen Ländern, das heißt ihrer werktätigen Bevölkerung, auf. Das war der Grund für die erste revolutionäre Welle, die in diesen Staaten entstand, die zu äußerst militanten Kämpfen führte, wobei zum ersten Mal auch kommunistische Parteien wirksam wurden, die versuchten, diesen Ausbruch in eine richtige Richtung zu lenken. Nur mit der äußerst massiven Hilfe der USA, die mit Soldnern, Waffen und Geld kamen, sowie mit vom Pentagon ausgebildeten Generalen, konnte diese Bewegung niedergeschlagen werden.

Gegen Ende des zweiten Weltkriegs, mit dem siegreichen Generalstreik in El Salvador gegen den Diktator General Martinez begann eine zweite Welle der Erhebung gegen die Kolonialmacht, die zu verschiedenen gesellschaftlichen Veränderungen führte, auch die Herausbildung der Industrie verstärkte, und die bis zum blutigen, CIA-organisierten Sturz der national-reformistischen Regierung Arbenz in Guatemala im Jahre 1954 dauerte.

Diese Entwicklung läßt sich nachvollziehen anhand der offiziellen Statistik, die für 1940 einen Industrieanteil von 3 Prozent am gesamten Wirtschaftsprodukt dieser Staaten ausweist, 1950 rund 8 Prozent, 1960 ungefähr 13 Prozent, 1970 etwa 17 Prozent, heute wohl knapp über 20 Prozent.

## Sie spielen das Lied vom Tod

Nach der Niederschlagung der zweiten Erhebung in Mittelamerika und der eingeleiteten verstärkten kapitalistischen Entwicklung organisierten die USA — als Drahtzieher im Hintergrund — den MCC, den mittelamerikanischen Markt. Profit daraus zogen allerdings nur die USA selbst und die wachsende kapitalistische Klasse dieser Länder, die sich aus den

Großgrundbesitzern entwickelten.

Vor allem in der Landwirtschaft hatte das Wirken dieser Gemeinsamen Marktes für die werktätige Bevölkerung verheerende Auswirkungen. Die kapitalistische Organisation des Agrarsektors, die nun verstärkt einsetzte, führte in diesen Ländern im besonderen zu einer wesentlichen Verstärkung der Einstellung von Saisonarbeitern. Betrug früher die reale Zahl der ländlichen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt aller mittelamerikanischen Staaten rund 40 Prozent, so stieg sie in den Monaten März bis Oktober auf fast 80 Prozent. Zahllose Kleineigentümer wurden ruiniert. Hatten zu Beginn des Gemeinsamen Marktes in Salvador knapp mehr als 10 Prozent der ländlichen Bevölkerung keinen Boden, so stieg diese Zahl bis 1971 auf 31 Prozent!

Nach wie vor sind rund 40 Prozent der gesamten Kapitalanlagen in diesen Staaten im Besitz von ausländischen Kapitalisten, vor allem aus den USA. Aber seit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes, der heute faktisch nicht mehr existiert, stieg der Anteil der industriellen Investitionen des Auslandskapitals von unter 10 auf über 30 Prozent.

Diese verschärfte Wirtschaftslage führte im Laufe der 60er Jahre in allen diesen Ländern zu neuen revolutionären Bewegungen, die vor allem vom verarmten Kleinbürgertum getragen wurden, das weitgehend unter dem ideologischen Einfluß der kubanischen Guerillatheorien standen. Isoliert vom Volke wurden sie blutig niedergeschlagen.

Allein in Guatemala tötete die Reaktion von 1962 bis 1978 mehr als 80 000 Menschen — neben Guerilleros vor allem Mitglieder der ländlichen Gewerkschaften, die seit den 50er Jahren in allen Staaten verboten sind.

Das große „Konzert“, wie der Gemeinsame Markt Ende der 50er Jahre in der Propaganda genannt wurde, kannte nur ein Lied: Das Lied vom Tod, dirigiert vom amerikanischen Geheimdienst CIA.

## Somozas Sturz — ein Fanal!

Seit 1975 wurden die mittelamerikanischen Staaten abermals besonders scharf von der kapitalistischen Krise erfaßt, was zu einem neuen Aufschwung des Kampfes führte. Und die Bedingungen waren anders.

Zum einen überwand die revolutionären Kräfte wenigstens teilweise das isolierte Guerillakonzept Che Guevaras, das so viel Blut gekostet hatte.

Zum anderen waren die Kräfte der Reaktion zersplittert. Der sogenannte Fußballkrieg zwischen El Salvador und Honduras im Jahre 1969 hatte

der siegreichen Revolution im Sommer letzten Jahres. Heute steht El Salvador im Zentrum des Interesses der Weltöffentlichkeit. Aber auch in Guatemala und in Honduras, ja selbst in Costa Rica erheben sich die arbeitenden Menschen in Stadt und Land und fordern ihre Rechte, fordern ein menschenwürdiges Leben, das ihnen die amerikanischen Monopole und die einheimischen Reichen seit 120 Jahren verweigern. Mittelamerika 1980, das ist heute einer der Brennpunkte der revolutionären Entwicklung in der Welt.

den Anspruch der salvadorianischen Oligarchie auf Vorherrschaft in der Region gezeigt, was den anderen reaktionären Herrschenden natürlich nicht paßte, der Gemeinsame Markt zerfiel weitgehend, vor allem Nicaragua isolierte sich. In Nicaragua selbst wurde die herrschende Klasse zunehmend mit Somozas Kurs unzufriedener, entzog ihm allmählich die Unterstützung, was spätestens mit dem Mord an dem bürgerlichen Politiker Chamorro Anfang letzten Jahres deutlich wurde.

Geändert hatte sich im ganzen Raum seit den 60er Jahren aber auch die Rolle der Kirche. Seit Beginn der 70er Jahre, in El Salvador schon früher, gewann die „Theologie der Revolution“ des Camillo Torres zunehmend Einfluß auf den niederen, später auch auf den höheren Klerus.

Alles dies waren die Gründe dafür, daß Somoza als erster stürzte, ein Ereignis, das selbstverständlich dem Kampf der Nachbarvölker neuen, großen Auftrieb gab.

Während die Völker Mittelamerikas mit einer Verstärkung ihrer Erhebung reagierten, reagierte der amerikanische Imperialismus zunächst auf verschiedene Weise.

Gegenüber Nicaragua wurde einerseits ein „Cordon Sanitaire“ gezogen: Guatemala und Honduras wurden schnell aufgerüstet, der innere Terror dort verstärkt, ehemalige Somoza-Gardisten wurden dort für eine mögliche Invasion zusammengefaßt, die militärischen Einheiten der USA im berüchtigten Fort Gullick in der Panamakanalzone wurden verdreifacht, Truppen werden in den Südstaaten und auf der Insel Vieques, sowie im ganzen Golf von Fonseca massiert. Andererseits werden die extremen Schwankungen der sandinistischen Junta ausgenutzt, um den amerikanischen Einfluß in Nicaragua wieder zu erhöhen, was bisher erfolgreich war.

Was El Salvador betrifft, wo die revolutionäre Bewegung am stärksten ist, so wurde im Oktober letzten Jahres der verhaßte Diktator Romero zum Rücktritt gezwungen, eine Junta mit dem CIA-Agenten Gutierrez wurde gebildet, die zunächst als „Reformjunta“ propagiert wurde, an der sich in den ersten Monaten auch die MNR (sozialdemokratische Partei) und die revisionistisch geführte UDN beteiligten. Innerhalb von zwei Monaten war diese Junta endgültig diskreditiert, außer den christlichen Demokraten entzogen alle Parteien der Junta ihre Unterstützung.

## Einig gegen den CIA-Orden

Der machtvolle Aufschwung des Kampfes führte zu einer immer engeren Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen der werktätigen Bevöl-

kerung, die in der „Coordinadora“ der vier größten Organisationen ihren ersten Ausdruck fand und in dem, am 23. Februar 1980 verabschiedeten, „10-Punkte-Programm für eine demokratisch-revolutionäre Regierung“ den bisherigen politischen Höhepunkt. Bereits vorher, am Jahrestag des Aufstandes von 1932, am 22. Januar hatten diese Organisationen die bisher größte Demonstration der Geschichte El Salvadors organisiert: In der Hauptstadt San Salvador bildete sich ein schier endloser Zug von mehr als 200 000 Menschen — jeder zwanzigste Einwohner des Landes beteiligte sich aktiv an der Demonstration in der Hauptstadt.

Die wichtigste und größte dieser Organisationen ist der Revolutionäre Volksblock (BPR), der aus acht Organisationen besteht, dessen Kern die „Federacion de Trabajadores del Campo“ (Vereinigung der Werktätigen der Landwirtschaft) mit rund 80 000 Mitgliedern ist. Diese Gewerkschaft, um die herum die revolutionäre Gewerkschaftsförderung geschaffen wurde, die heute größer als die revisionistische gelenkte Gewerkschaftszentrale CUTS ist, ging aus den christlichen Landorganisationen Fecacas hervor, die 1967 gegründet wurde und sich immer mehr radikalisierten.

Der Mord am Sprecher des fortschrittlichen Flügels der Kirche, dem Erzbischof Romero hat breite Teile auch der traditionellen Anhänger der Christdemokratischen Partei endgültig auf die Seite der Opposition gebracht — noch nie war diese Bewegung so stark wie heute. Ihr Feind ist vor allem die wichtigste Organisation der Reaktion im Lande, die „Organizacion democratica nacional“ (Orden), eine faschistische Organisation von 80 000 Mitgliedern, die alle Armee- und Polizeieinheiten durchsetzt hat. 1962 vom ehemaligen Geheimdienstchef General Medrano (CIA-ausgebildet) gegründet haben die Mitglieder dieses riesigen Terrorkommandos Privilegien, wie Bevorzugung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen usw.

Orden ist heute der lange Arm der USA im Lande, die sich immer direkter und offener in den Kampf einmischen, die heute bereits, wie einst in Vietnam einen unerklärten Napalmkrieg gegen die Bauern Salvadors führen. Um jeden Preis soll ein weiterer Sieg der Volksrevolution verhindert werden — deshalb wurde die Menschenrechtsdemagogie zugunsten des brutalsten Terrors aufgegeben.

Die Befreiung Mittelamerikas vom jahrhundertalten kolonialen Joch aber ist heute greifbarer denn je! Yankees raus aus Salvador! Unterstützt die Volksrevolution in Salvador!

Helmut Weiss

## LÄNDER DER WELT (IX)



### Die Staaten Mittelamerikas

„Bananerepubliken“ werden sie in der imperialistischen Propaganda verächtlich genannt. Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador, die fünf Staaten des „Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes“. Kaffee und Bananen sind auch bei allen diesen Staaten, mit Ausnahme Nicaraguas (wo Baumwolle 30 Prozent ausmachte), die wichtigsten Exportgüter. Bei Costa Rica stellen sie jeweils 25 Prozent des Exportwertes dar, in Guatemala Kaffee 40 und Bananen 15 Prozent, in Honduras Bananen 40 und Kaffee 15 Prozent (aber auch: Silber, Blei und Zink) und in El Salvador Kaffee 40 Prozent (aber auch: Gold und Produkte der chemischen und Textilindustrie).

Die Völker dieser Region gehören zu den ärmsten der Welt. Niemals kannten sie eine eigene, nationale, selbstständige Entwicklung. Nachdem die Macht der spanischen Krone zerbrochen war, wurden gerade diese Staaten die ersten Kolonien einer neuen mächtigen barbarischen Macht: des Imperialismus der USA. Mit der selbsternannten Präsidentschaft des Mörders William Walker in Nicaragua (1855) begann bereits die Durchdringung der Region durch die USA, die ein festes Bündnis mit den Großgrundbesitzern eingingen, die Kaffee und Bananen-Monokultur weitgehend durchsetzten. Der wahre Machthaber der Region war die berühmte „United Fruit Co.“.

Zum ersten Mal gab es breite Aufstandsbewegungen zu Beginn der 30er Jahre, als die Weltwirtschaftskrise die Lage dieser Staaten noch mehr erschwerte, der Kaffeepreis um mehr als 50 Prozent, der Bananenpreis um fast 40 Prozent sank. Mit der Kraft der USA hinter sich wurden damals überall faschistische Militärdiktaturen errichtet, wie 1937 jene der Somozas in Nicaragua, 1932 jene des Generals Martinez in Salvador, der 1944 durch einen revolutionären Generalstreik gestürzt wurde. Mitte der 40er, Mitte der 60er und Ende der 70er Jahre entstanden neue Wellen des revolutionären Kampfes der Völker dieser Staaten, von denen die jüngste, die heute auf ihren Höhepunkt zusteuert, die mit Abstand mächtigste ist. Sie hat ja bereits zum Sieg in Nicaragua geführt.

Alle diese Staaten sind flächenmäßig relativ klein; auch sind sie, bis auf die jeweiligen Hauptstädte, relativ dünn besiedelt, wobei ein sehr hoher Anteil an Indianern und Mestizen an der Bevölkerung, mit Ausnahme von Costa Rica, die Regel ist.

Costa Rica hat eine Fläche von rund 50 000 Quadratkilometern und rund 2,1 Millionen Einwohner, von denen 780 000 in der Hauptstadt San Jose leben. El Salvador, mit 21 000 Quadratkilometern das kleinste Land, hat 4,35 Millionen Einwohner, davon San Salvador eine halbe Million (rund 70 Prozent sind Mestizen, 15 Prozent Indianer). Guatemala ist 108 000 Quadratkilometer groß, hat mit 6,6 Millionen die meisten Einwohner, davon Guatemala Stadt rund 720 000 (45 Prozent Indianer, 40 Prozent Mestizen). In Honduras sind von den 2,8 Millionen Einwohner nur ein Prozent Weiße, 80 Prozent Mestizen und 10 Prozent Indianer, das Land hat 112 000 Quadratkilometer Fläche. Nicaragua mit rund 140 000 Quadratkilometer ist der größte Staat, hat 2,3 Millionen Einwohner (davon 400 000 in Managua) wovon mehr als 70 Prozent Mestizen sind.

Zuerst spanische, dann amerikanische Kolonie, der amerikanischen anbefohlene Gemeinsame Markt ab ungefähr 1960, Monokultur, hoher Anteil der indianischen Bevölkerung, der Mestizen, Militärdiktatur — diese Staaten haben in der Tat viel gemeinsam.

Und doch ist es wichtig, auch Unterschiede zu sehen. So wurde zum Beispiel die Somoza-Diktatur in Nicaragua am Ende auch von der nahezu gesamten Bourgeoisie abgelehnt, während die Diktaturen der anderen Länder von den herrschenden Klassen gestützt werden. Costa Rica gilt traditionell als das „demokratische Musterland“ der Region, wo es bisher noch am ehesten gewissen demokratische Freiheiten gab. El Salvador war das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Land, das recht früh mit einer eigenen Textilindustrie und seit längerer Zeit auch mit einer recht bedeutenden chemischen Industrie ausgestattet ist, es ist in der kapitalistischen Entwicklung, auch auf dem Agrarsektor, am weitesten fortgeschritten.

### HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT     | 1. Programm                         | WELLENLÄNGE                          |                |
|-------------|-------------------------------------|--------------------------------------|----------------|
| 13.00-13.30 | 9,375 MHz<br>7,300 MHz              | 31 Meterband<br>41 Meterband         | KW<br>KW       |
| 14.30-15.00 | 9,375 MHz<br>7,300 MHz              | 31 Meterband<br>41 Meterband         | KW<br>KW       |
| 16.00-16.30 | 9,375 MHz<br>7,300 MHz              | 31 Meterband<br>41 Meterband         | KW<br>KW       |
| 18.00-18.30 | 9,375 MHz<br>7,300 MHz              | 31 Meterband<br>41 Meterband         | KW<br>KW       |
| 19.00-19.30 | 7,300 MHz<br>5,960 MHz<br>1,395 MHz | 41 Meterband<br>49 Meterband<br>215m | KW<br>KW<br>MW |
| 21.30-22.00 | 7,300 MHz<br>5,960 MHz<br>1,457 MHz | 41 Meterband<br>49 Meterband<br>208m | KW<br>KW<br>MW |
| 23.00-23.30 | 7,300 MHz<br>5,960 MHz<br>1,457 MHz | 41 Meterband<br>49 Meterband<br>208m | KW<br>KW<br>MW |
| 06.00-06.30 | 7,300 MHz<br>5,960 MHz<br>1,395 MHz | 41 Meterband<br>49 Meterband<br>215m | KW<br>KW<br>MW |





Die Säuberungswelle der proamerikanischen faschistischen Generale in Südkorea hat bereits Tausende von Todesopfern gefordert. Jetzt soll mit Kim Dae Jung der Repräsentant der Opposition verurteilt werden.

## Schauprozess gegen Kim Dae Jung

24 Oppositionelle

der „Verschwörung gegen den Staat“ angeklagt

SEOUL.— Am Donnerstag, den 14. August begann in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul der Prozess gegen Kim Dae Jung und 23 andere vor dem nationalen Kriegsgericht. Die Richter, vier Generale und Bundesgenossen des Diktators General Chun werden das Urteil entsprechend dem Gesetz zum Verbot der prokommunistischen Tätigkeit fällen, das für eine „Verschwörung gegen den Staat“ die Todesstrafe vorsieht.

Mit diesem Kriegsgerichtsprozess soll in den Plänen der herrschenden Militärjunta der entscheidende Schritt zur Säuberung des Landes vorgenommen werden. Seit der Niederschlagung des Volksaufstandes in Kwangju und der Erhebung in Seoul wurden bereits zahlreiche Schritte unternommen, um aus Südkorea eine offene Militärdiktatur zu machen: Zeitungen wurden verboten, Journalisten

verhaftet, die amtliche Zensur eingeführt, mißliebige Beamte entlassen, zivile Gerichte in ihrer Bedeutung zurückgestuft. Mit dem Prozess gegen den Führer der Demokratischen Partei, Jung, den General Chuns Korean CIA im Jahre 1973 aus Tokio entführt hatte, soll jetzt der Repräsentant der Opposition verurteilt und so der Auftakt zur großen Säuberung, die Chun angekündigt

hat, gemacht werden.

Gerade heute, wo das sogenannte „südkoreanische Entwicklungsmodell“ von zwei großen Gefahren bedroht ist, verlangen die Herrschenden im Lande und ihre Hintermänner aus New York und Tokio diese Säuberung. Bedroht ist dieses „Modell“ durch die weltweite kapitalistische Wirtschaftskrise, die Südkorea bereits erfaßt hat und zu wachsender Unruhe

bei der rechtlosen Masse der werktätigen Bevölkerung führt und auch durch den immer stärker zutage tretenden Wunsch des koreanischen Volkes nach Frieden und Wiedervereinigung.

So ist auch bereits in der Anklagerede gegen Kim Dae Jung klar geworden, daß in Wirklichkeit alle demokratischen und patriotischen Wünsche und Aktivitäten angeklagt sind, für die Jung, in den Augen eines großen Teils des Volkes, der Vertreter ist.

Anlaßlich des Prozeßbeginns hat es nun weltweite Protestaktionen gegeben, denen sich auch in der Bundesrepublik verschiedene Kräfte angeschlossen haben. Diese starke Protestwelle war das Motiv für Krokodilstränen aus Tokio und einer angeblichen amerikanischen Zurückhaltung.

Schmerzlich muß auch viele demokratisch gesinnte Menschen der von ihnen geforderte Brief Willy Brandts an die südkoreanischen Machthaber getroffen haben, in dem er in sehr höflichen Worten den Henker Koreas, Chun, ersucht, einen „fairen“ Prozess für Jung zu garantieren.

Die Forderung, die die demokratische Weltöffentlichkeit angesichts dieses Prozesses erhebt ist aber keine Bitte an die blutigen Schergen Amerikas, sondern das Verlangen diese Farce zu beenden und die Angeklagten auf freien Fuß zu setzen!

Die Hintermänner werden aufgedeckt

## In Bolivien sind Rauschgifthändler und Mörder an der Macht

Argentinien Videla gesteht Beihilfe

LA PAZ.— Die breite Opposition, die im Lande selbst und weltweit gegen die neuen faschistischen Diktatoren Boliviens besteht, hat in den letzten Tagen immer neue Tatsachen über die am Putsch beteiligten Gangster und ihre Hintermänner entlarvt.

So wurde bereits vor längerer Zeit in einem Prozess gegen den bolivianischen Rauschgiftschmuggler Rivero in Panama der Luftwaffenoberst Ariel Coca als Hintermann des betreffenden Ringes von Rauschgiftschmugglern enttarnt — heute ist er Erziehungsminister der Junta. Der Geschäftspartner von Oberst Luis Arce, dem bisherigen Geheimdienstchef der Armee und jetzigem Polizeiminister, der Oberst Salomon wurde zu Beginn dieses Jahres sogar nach Venezuela versetzt, als seine Beteiligung am Rauschgeschäft offenkundig wurde.

Die bolivianische Opposition erinnerte auch daran, daß der Chef des Putsches von 1964, General Barrientos persönlich eine Million US-Dollar von der Gulf Oil erhalten habe, für deren Wiederrückzahlung in Bolivien.

Diese Verwicklung in verbrecherischen Geschäften ist bei den lateinamerikanischen Generalen keine Seltenheit. Diese Leute, die meistens aus Familien von Großgrundbesitzern und Kapitalisten stammen, bei denen es zum „guten Ruf“ gehört, einen oder zwei Sprößlinge im hohen Offizierskorps zu haben, sind meistens an den kleineren Unternehmungen ihrer Sippen beteiligt und versuchen sich auf die illegale Tour denselben Lebensstandard zu verschaffen wie ihre Verwandten. In Bolivien, dem Zentrum des amerikanischen Kokainanbaus, ist das eben das Rauschgiftgeschäft. So ist gerade in Bolivien die Zugehörigkeit der großen Drogenverbrecher zur herrschenden Klasse eine allseits bekannte Tatsache.

Während die bolivianischen Putschisten versuchen, diese

Dinge zu übergehen, indem sie zu den Vorwürfen schweigen und gleichzeitig ausländische Journalisten in ihre Hatz einbeziehen, hat sich jetzt der Chef der argentinischen Militärjunta, General Videla, zum Verteidiger der Putschisten aufgeschwungen.

In einer Rede vor argentinischen Kapitalisten sagte Videla, seiner Junta sei es darum gegangen, eine Linksregierung in Bolivien zu verhindern, die den Keim neuer Unruhe auf dem Erdteil dargestellt hätte. Deshalb sei man in bestimmten Praktiken „beratend für das Nachbarland tätig“ gewesen, ähnlich wie „die Vereinigten Staaten bei uns“. Der Putsch sei zwar formal eine inkorrekte Alternative gewesen habe aber trotzdem die Sympathie der argentinischen Führung genossen.

Er leugnete auch nicht die Vorwürfe, daß argentinische Faschisten der „AAA“ bei der Vorbereitung und Durchführung des Putsches ebenso geholfen hätten wie argentinische

Offiziere. So bewilligte er der bolivianischen Junta denn auch gleich einen Kredit von 200 Millionen Dollar — dafür, daß sie entgegen den Plänen des Wahlsiegers vom Juni, Siles Zuazo, den Erdgaslieferungsvertrag an Argentinien in voller Gültigkeit lassen will. Nach diesem Vertrag bekommt Argentinien das bolivianische Erdgas erheblich unter Weltmarktpreis — dringend benötigte Energie für die Herrschaftspläne der argentinischen Junta.

Zutage tritt aber auch, daß die legale Regierung Boliviens unter der Präsidentin Lidia Gueiler offensichtlich über die Putschpläne informiert waren, ohne entschiedene Gegenmaßnahmen zu treffen. Im Vorfeld des Putsches hatte auch der reformistische Führer des starken Gewerkschaftsbundes COB, Juan Lechin, die revolutionären Minenarbeiter Boliviens zum Stillhalten aufgerufen. Dieser Putsch ist so für die revolutionär gesinnte bolivianische Arbeiterklasse eine erneute

reformistische Katastrophe, die ein ungeheures Maß an Blutopfer erfordert — denn, entsprechend verschiedenen Meldungen ist der bewaffnete Widerstand in verschiedensten Gegenden nach wie vor nicht gebrochen. Die jetzigen Putschisten aber haben offensichtlich die Absicht, auch die reformistischen Führer der Arbeiter und Bauern zu liquidieren, im Gegensatz etwa zu der Zeit der Diktatur von Banzer und Barrientos.

In diesen Augenblicken ist neben der argentinischen Junta und dem amerikanischen Imperialismus, der wie in Südkorea und in Salvador auch hier heuchlerisch seine Unschuld beteuert, die Bonner Regierung die einzige, die unter dem Vorwand der menschlichen Hilfe noch Geld nach Bolivien schafft.

Die antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen unseres Landes müssen von der Bundesregierung die Anerkennung der jetzt von der Opposition gebildeten Gegenregierung fordern, die die vom bolivianischen Volk gewählte Regierung ist!



Die bolivianischen Minenarbeiter: Ihrem revolutionären Kampf gilt der faschistische Putsch der Generale und Rauschgifthändler.

Indirekt gesteht es auch das Kabuler Regime ein

## Ungebrochener Widerstand in Afghanistan

Kämpfe in allen Regionen des Landes

KABUL.— Nahezu täglich verbreitet die offizielle russisch-afghanische Propaganda neue Erfolgsmeldungen im Kampf gegen „Söldner des Imperialismus“ und sonstige angebliche Verbrecher. Deren Vergehen ist es, wie jetzt in einer offiziellen Anklage gesagt wurde „Kritik an der Regierung“ geübt zu haben.

Tatsache ist, daß der Widerstand, der sich anfänglich auf zwei Regionen des Landes und die Umgebung der Hauptstadt konzentriert hatte, inzwischen auf nahezu das ganze Land übergreifen hat — selbst aus dem Norden des Landes wurden in der letzten Woche bewaffnete Kämpfe gemeldet.

Wie weit es mit den ständig gemeldeten Erfolgen in Wirklichkeit her ist, zeigen auch die verschiedenen sowjetischen Versuche, einzulenken. Mit neuer Intensität wurde in den letzten Tagen die Propaganda von der angeblich einzig möglichen politischen Lösung verbreitet.

An dem pakistanischen Vorschlag einer allseitigen Konferenz wurde von TASS denn auch nicht die Einbeziehung der Opposition kritisiert, sondern nur noch die „Abwertung“ des Karmal-Regimes durch die Weigerung Pakistans, zweiseitige Gespräche zu führen.

In der gegenwärtigen Situation, das haben verschiedene politische Richtungen der afghanischen Unabhängigkeitsbewegung betont, gibt es keine

politischen sondern nur militärische Lösungen. Eine sogenannte politische Lösung mit der ständig stärker werdenden Anwesenheit von sowjetischen Besatzungstruppen müßte unter diesen Verhältnissen logischerweise eine Lösung sein, die das sowjetische Kolonialregime begünstigt.

So besteht die Antwort des afghanischen Volkes sowohl in organisierter als auch in spontaner Form darin, den Widerstand weiter auszuweiten. Nachdem es den Besatzern vorübergehend gelang, in Kabul selbst eine gewisse Ruhepause zu schaffen, die sich offensichtlich bereits wieder ihrem Ende nähert, wird von sich steigernden Kämpfen aus Herat, Jalalabad und Kandahar berichtet. Aus verschiedenen Quellen, nicht nur aus der amerikanischen und britischen Lügennachricht, kommen Meldungen, nach denen im Norden auch die usbekischen und turkmenischen Minoritäten sich am Kampf gegen die sowjetischen Besatzer beteiligen.

Eine Gefahr für die Völker Asiens

## Hektische Aufrüstung in Japan

TOKIO.— Im kürzlich von der japanischen Regierung vorgelegten Jahresbericht werden die Bestrebungen der japanischen Militaristen deutlich, ihren alten Traum von der Wiedergewinnung der führenden Rolle in Asien endlich zu verwirklichen.

Der Rüstungsetat 1981 soll sich so, entsprechend den Regierungsplänen um sage und schreibe 15 Prozent vergrößert werden. Bereits der 80er Etat war um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr angehoben worden. Diese Erhöhungen werden hauptsächlich für „F-15“ Kampfflugzeuge, „C-130“ Transportflugzeuge und Boden-Luft-Raketen verwendet. Der gesamte Fünfjahr-Rüstungsplan für den Zeitraum bis 1985 ist zweieinhalbmal so groß als der für

die fünf Jahre bis 1980.

Beibehalten werden soll, laut dem Regierungsbericht, was offiziell „enge Zusammenarbeit mit den Streitkräften der USA“ genannt wird, was aber nichts anderes bedeutet, als daß Japan die wichtigste amerikanische Militärbasis in Fernost bleiben soll.

Gegen diese militaristischen Pläne hat die KP Japans (Linke) die Werktätigen, und besonders die Jugend, zu verstärktem Kampf aufgerufen.

Waffengeschäft auch in Österreich

## Puch-Panzer für Pinochet

Breite Protestwelle

WIEN.— Eine große Protestwelle hat in Österreich die Nachricht ausgelöst, daß die Bundesregierung einen Antrag der österreichischen Waffenschmiede Steyr-Daimler-Puch für 300 Millionen Mark Panzer nach Chile verkaufen zu dürfen genehmigt hat.

Der Konzern, mit einem Umsatz von über einer Milliarde Mark, wovon mehr als 20 Prozent aus dem Rüstungsgeschäft kommen, will den chilenischen Faschisten 100 Jagdpanzer „Kürassier“, ein Dutzend Berge- und Pionierpanzer sowie 360 Maschiengewehre für deren Bewaffnung verkaufen.

Diese Bewaffnung weist dermaßen eindeutig auf einen Einsatz im Inneren des Landes hin, daß die Beteuerung Kreiskys, man dürfe das nur genehmigen, wenn die Regierung in Santiago sich verpflichte, die Panzer nur zur Landesverteidigung einzusetzen, leicht als ein heuchlerisches Manöver zu erkennen

sind. Vor der Welle des Protests, der vom linken Gewerkschaftsflügel, von der sozialistischen Jugend und den christlichen Jugendorganisationen ausging, war die Genehmigung durch die Regierung anscheinend überhaupt kein Problem. ÖGB-Betriebsräte hatten sich, ganz nach dem Muster einiger übler westdeutscher Vorbilder, für den Waffenexport ausgesprochen, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Der Protest wurde durch den Putsch in Bolivien noch verstärkt, da auch die bolivianischen Putschisten mit österreichischen Waffen ausgerüstet waren.

# Die Killer von London

So wie der westdeutsche Bundesgrenzschutz ein Kommando für besondere Aufgaben, die GSG 9, gebildet hat, verfügt auch die britische Armee über eine Sondereinheit — die SAS (Special Air Service). Letztere ist allerdings schon einige Jahrzehnte älter als ihr bundesdeutsches Gegenstück.

Die SAS wurde während des zweiten Weltkrieges gegründet; über ihren Gründer David Stirling sagte seinerzeit der Feldmarschall Montgomery: „Dieser Junge ist ziemlich verrückt, ziemlich, ziemlich verrückt, aber im Krieg ist viel Platz für verrückte Leute.“ Zu einem ähnlichen Ergebnis kam übrigens unlängst ein Armeemediziner im Range eines Majors. Er hatte SAS-Leute untersucht und festgestellt, daß sie nahezu alle eine Macke haben („introvertiert, scheu, mißtrauisch, zu meist sehr ängstlich“). Das hängt wohl mit dem Beruf zusammen. Und Platz für solche Leute gibt es eben nicht nur im Krieg, weil auch ihr Beruf nach

wie vor Konjunktur hat — das Killen.

Der letzte Einsatz der SAS, der in der Öffentlichkeit bekannt wurde, richtete sich im Mai gegen die besetzte iranische Botschaft in London. Über diesen Einsatz hat das Fernsehen auch bei uns ausführlich berichtet. Was aber keine Fernsehkamera registrieren konnte — und was später auch zumeist verschwiegen wurde — waren die Vorgänge im Innern der Botschaft. Bekannt wurde nur, daß ein einziger Besetzer den Sturm der SAS auf die Botschaft überlebte. Die übrigen wurden von den verummten und mit westdeutschen HK 33 MPs ausgerüsteten SAS-Leuten nicht etwa im Kampf erschossen. Die Besetzer lagen schon am Boden und riefen „Wir ergeben uns“, als sie von den Angehörigen der Sondereinheit regelrecht abgeknallt wurden. Einer von ihnen wurde sogar Luftschloß bauen. Als er dann stand, verpaßten ihm die SAS-Leute

den Fangschuß.

Menschen zu töten, gleichgültig, ob sie bewaffnet oder unbewaffnet, ob sie Männer oder Frauen sind — darin besteht eben der Beruf dieser Armee-Terroristen. Und es gibt keinen Kontinent, auf dem sie dieses blutige Handwerk noch nicht ausgeübt hätten. 1950, als der britische Imperialismus einen Kolonialkrieg in Malaya führte, waren die SAS-Kommandos dabei und verübten gezielte Mordanschläge auf Freiheitskämpfer. Später waren sie in Kenia und Aden (heute Südjemen), in Britisch Guyana und in Saudi Arabien im Einsatz. Sie gingen dem Sultan von Oman bei der Niederschlagung seines aufständischen Volkes ebenso zur Hand wie den Amerikanern bei deren Krieg gegen das vietnamesische Volk.

Gegenwärtig sind diese Terroristen hauptsächlich im britisch besetzten Nordirland aktiv — wieder als Killer-Truppe, die außerhalb der regulären Armee mordet. Über ihren Auftrag



SAS-Leute im Einsatz gegen die besetzte iranische Botschaft.

sagte ein ehemaliger SAS-Offizier aus: „Den SAS-Soldaten in Irland wird gesagt, daß sie zu tun haben, was die Armee bisher nicht getan hat — Terroristen töten.“ Es muß wohl nicht erst gesagt werden, daß unter „Terroristen“ alle diejenigen zu verstehen sind, die von den Besatzern dazu erklärt werden. Wie etwa jener harmlose, unbewaffnete Junge im Alter von 16 Jahren, den ein dreiköpfiges SAS-Kommando liquidierte, weil er ihm verdächtig erschien.

In diesem Fall gab es übrigens das bislang einzige Gerichtsverfahren gegen Killer der Sondereinheit: Es endete mit einem glatten Freispruch.

SAS-Leute waren schließlich auch in Mogadischu dabei und gingen den nach ihrem Vorbild operierenden Kameraden von der GSG 9 hilfreich zur Hand. Die Grenzschutz-Offiziere waren über diese Helfer des Lobes voll; sie werden sich sicher bemühen, auch die GSG 9 auf SAS-Standard zu bringen.

## Chemie-Bosse machen Reklame für KZ-Gas

Frankfurt ist der Firmensitz einer „Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung“ (Degesch GmbH). In der letzten Zeit hat diese Degesch verstärkt für ihre Produkte geworben, besonders für ein Zyklon-Blau-säureverfahren, das sich — so die Firmenwerbung — „seit 50 Jahren bewährt“ habe.

Die Hamburger Tochtergesellschaft der Degesch brüstet sich mit ähnlichen Erfahrungen und schreibt ebenfalls in einer Werbeschrift: „Seit 60 Jahren betreiben wir Schädlingsbekämpfung und haben eine entsprechende Erfahrung.“

Schädlingsbekämpfung! Was die Bosse von Degesch verschweigen: Es waren Menschen, die mit ihrem Zyklon B vernichtet wurden. Dieses Gift wurde in den Konzentrationslagern des Faschismus eingesetzt, um Millionen Gefangene der Blutdiktatur zu vernichten. Und die gleichen Herren, die aus dieser barbarischen Vernichtungsaktion der Menschheitsgeschichte Profit geschlagen haben, rühmen sich heute wieder ihrer Erfahrungen bei

der „Schädlingsbekämpfung“.

Die Degesch ist im Besitz des Bayer-Konzerns und der Degussa. Bayer, Hoechst und BASF sind die Nachfolgekonzerne des früheren Chemiegiganten IG Farben, dessen Herren zu den wichtigsten Finanziers Hitlers gehörten. Die IG Farben-Bosse haben Milliarden an Hitlers Raubkrieg verdient, und durch den Verkauf des Zyklon B hat jeder vergaste KZ-Häftling die Kassen des Konzerns weiter anschwellen lassen.

Heute verhöhnen die IG-Farben-Nachfolger mit beispiellosem Zynismus die KZ-Opfer durch ihre Propaganda für die langen Erfahrungen in der „Schädlingsbekämpfung“. Und kein Gericht fühlt sich dazu verpflichtet, ihnen das Handwerk zu legen. Die Bosse selbst halten ihre Werbeaktion für das Mordgift Zyklon B für die selbstverständlichste Sache der Welt. Auf Proteste von Antifaschisten schrieben sie, weder Aufmachung noch Inhalt ihrer Werbeschriften könne Anlaß zu irgendwelchen Vorwürfen geben.

## Neues vom Kandidaten

# Strauß - jugendgemäß

Der Kandidat aus Bayern hat seine Probleme mit der Jugend. Wo immer er auch hinkommt bei seinen Wahlkampftourneen — jugendliche Demonstranten erwarten ihn schon. Manchmal kommt er dann mit Pfeifkonzerten davon, manchmal allerdings hagelt es auch Eier und Tomaten. Man könnte aus alledem glatt den Schluß ziehen, Franz Josef Strauß wäre bei der Jugend in unserem Land nicht allzu beliebt.

Das ist allerdings offenbar ein trügerischer Schluß. Denn ein Jugendmagazin mit dem schönen Namen „Sonnenschein“ wußte jetzt zu berichten: „Es ist einfach Käse, daß die Jugendlichen gegen Strauß sind. Das sind höchstens zwanzig Prozent.“ Eine verschwindende Minderheit also. Und was die erwähnten Anti-Strauß-Aktionen betrifft, so darf man die wohl auch nicht überschätzen. Denn laut „Sonnenschein“ werden sie von „reichen alten Polit-Knackern wie Klaus Staack, Julius Hackethal und Bernt Engelmann dirigiert.“

Die Jugend aber, die ist für Strauß, muß einfach für ihn sein. Warum? „FJS kommt den Ideen, Wünschen, Hoffnungen der Jugend nach Fröhlichkeit und Ausgelassenheit sehr nahe.“ Und was wären das für Ideen usw.? „Sonnenschein“ weiß genau, was sich die Jugend wünscht. „Die Natur erleben. Die Frische eines Waldes riechen. Pause machen auf einer blühenden Wiese, sonnenbestrahlt.“ Nun, solche Bedürfnisse, wie wir sie ja aus dem Werbeferschen kennen, könnten notfalls auch mit Coca Cola befriedigt werden. Dazu bedarf es wohl nicht des Kanzlerkandidaten. Aber die Jugend hat eben auch noch andere Hoffnungen. „Es reicht uns langsam dieses Problemgewäsch, mit dem heute alles zerredet wird.“

Genau, da gibt es doch immer noch Typen, die reden von Arbeitslosigkeit, von Stellenmangel oder Schulmisse. Mit solchem „Problemgewäsch“ und mit denen, die immer noch ihr Maul aufreißen, will der Kandidat nach eigenem Bekunden ja gewaltig aufräumen. Dann erst werden die Jugendlichen ihre wirklichen Hoffnungen erfüllen können.

Zum Beispiel: „Wir dagegen wollen endlich auch mal wieder träumen und Luftschlöcher bauen können, endlich wieder fröhlich sein.“ Es fehlt in dem Magazin „Sonnenschein“ auch nicht der Hinweis darauf, es sei ein reines Gerücht, daß „FJS die Discos abschaffen“ wolle. Na also. Es darf weiter getanzt werden und unter einem Kanzler Strauß können die Jugendlichen endlich ungehindert jede Menge Luftschlöcher bauen. Da soll noch jemand sagen, der Kandidat habe der Jugend nichts zu bieten!

Wer aber ist für solche dankenswerte Aufklärung über die Ziele des FJ Strauß verantwortlich? Wenn man das jetzt in großer Auflage unter die Jugend gebrachte Magazin „Sonnenschein“ durchblättert, stößt man auf die Namen Gerhard Schmidt und Günter Meyer. Der eine firmiert als redaktioneller Berater, der andere als Geschäftsführer des Verlages von „Sonnenschein“. Und der eine wie der andere ist Mitarbeiter des westfälischen CDU-Chefs Biedenkopf. Die Geschäftsstelle der Partei ist denn auch mit dem Sitz der Redaktion identisch.

Die wohl nicht mehr so ganz jugendlichen Herren aus dem Biedenkopf-Stab haben es sich zur Aufgabe gemacht, mit ih-

rem „Sonnenschein“ vor allem die „unpolitische Jugend“ anzusprechen. Und denen muß man ja womöglich erst einmal erzählen, wer der Kandidat überhaupt ist — möglicherweise kennen sie ihn ja gar nicht. „Wer FJS ist? Na hör mal! Weißte doch: Straußens Franz Jupp aus Bayer unten. So'n etwas Dickerer mit Klartextsprache, ist öfter im Fernsehen. Manche nennen ihn ‚Bayernkönig‘ oder ‚Südlicht‘. Wir nennen ihn bisweilen zärtlich Franz Josef.“

Alles klar? Die „Sonnenschein“-Macher können aber auch noch anders. Zum Beispiel im Disco-Sound mit einem Hauch von Blasmusik. Und das hört sich dann so an: „Franz Josef bläst oft auf der Tuba/ den Sowjets den Marsch und auch Kuba/ Mal laut, mal elastisch/ der Sound ist fantastisch/ Dapp skibidubei skibidubah!“

Noch eine Kostprobe der FJS-Lyrik?

„Franz Josef ist unheimlich Spitze/ Ganz ehrlich, ich mach keine Witze/ Der turnt mich voll an/ Der ist stark, Mannohmann/ Ich steh nicht auf Kanzler mit Mütze.“

Mannomann! Da hat doch mal wieder einer gedacht, die ganze Jugend ist so bekloppt wie die Junge Union.



Samstag, 23. August, 22.00 Uhr, West/Nord/Hessen III

**Mephisto.** Im Jahre 1936 schrieb der antifaschistische Schriftsteller Klaus Mann, der Sohn von Thomas Mann, den Schlüsselroman „Mephisto“, der die Kollaboration des Schauspielers Gustav Gründgens mit der Nazidiktatur zur Grundlage hat. Der Roman ist in der Bundesrepublik bis heute verboten. Ariane Mnouchkine und das Theatre du Soleil („1789“, „Molière“) haben Klaus Manns Buch für die Bühne bearbeitet.

Sonntag, 24. August, 21.50 Uhr, West/Nord/Hessen III

**Torre Bela.** Bericht über die erste Landwirtschafts-Genossenschaft, die nach der Revolution von 1974 in Portugal errichtet wurde. Torre Bela war das riesige Gut des Herzogs von Lafões, der das Land nicht bebauen ließ und in einem Palast in Lissabon lebte. 1975 besetzten Hunderte von Landarbeitern das Gut, richteten im Gutshaus Schlafsäle und eine Kantine ein und begannen mit der genossenschaftlichen Produktion.

Montag, 25. August, 20.15 Uhr, ARD

**Abschied vom Frieden.** Dritter Teil einer Verfilmung von F.C. Weiskopfs gleichnamigem Roman durch das DDR-Fernsehen.

Montag, 25. August, 21.20 Uhr, ZDF

**Vater Sergej.** Verfilmung einer Erzählung von Leo Tolstoi. Regie: Igor Talankin; mit Sergej Bondartschuk.

Dienstag, 26. August, 21.45 Uhr, WDR III

**Schauplatz Postamt 2.** Der Film von Christiane Gerhards und Gernot Steinweg schildert den Kampf von Packerinnen im Düsseldorfer Postamt gegen die Schichtarbeit.

Donnerstag, 28. August, 21.40 Uhr, Nord/Hessen III

**Lebensgeschichte des Bergarbeiters Alphons S.** Eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen im Fernsehen die Geschichte von „unten“, aus der Sicht der Arbeiterklasse dargestellt wird.

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALE KOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Eilenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

4630 Bochum, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Freestr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 18-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

2300 DIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang: Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarasstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 86, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.